

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 90.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (Frei).

Die Stimme der Arbeiterregierung.

Der Führer einer Arbeiterregierung hat gesprochen und die Welt horcht auf! Der Rede, in der Ramsay MacDonald im englischen Unterhause sein Regierungsprogramm entwickelte, wurde überall — obwohl man keine neuen Sensationen erwarten konnte und die politischen Richtlinien MacDonalds eigentlich schon aus seiner Rede in der Albert Hall bekannt waren — mit angespanntester Aufmerksamkeit entgegengelesen. Gewiß: was MacDonalds Rede schon Bedeutung gibt, war, daß er als Exponent des großen britischen Staates sprach, aber daß diese Rede gerade er, der Führer der englischen Arbeiterpartei hielt, und daß sie durch deren moralisches Gewicht gestützt wird, das verleiht der Programmklärung erst die besondere Kraft und Bedeutung, welche die in sie gesetzten Erwartungen rechtfertigen. Gewisse neunmalweise bürgerliche Betrachtungen, welche die Neigung haben, aus einem Extrem ins andere zu fallen, und die gestern beim Gedanken an eine sozialistische Regierung eine Gänsehaut überlief, während sie heute deren sozialistische Harmlosigkeit nicht genug herausstreichen können, beeilen sich auch diesmal, zu versichern, daß die Programmklärung des englischen Premiers nichts enthalte, was heute nicht Allgemeinut aller englischen Parteien wäre, und was nicht von jedem liberalen Ministerpräsidenten nicht auch gesagt werden könnte.

Da muß wohl die Frage gestellt werden: wenn alles, was MacDonald sagte und tun will, so einfach, selbstverständlich und selbst im bürgerlichen Sinne harmlos ist, daß es auch jeder bürgerlich-fortschrittliche Ministerpräsident sagen und tun könnte, warum dann doch die gespannten Erwartungen, die man der Arbeiterregierung entgegenbringt? Wenn der Inhalt von MacDonalds Programm wirklich „Allgemeinut aller englischen Parteien“ ist, warum haben diese Parteien des englischen Bürgeriums von diesem Allgemeinut bisher so wenig Gebrauch gemacht, warum haben ihre Vertreter und Regierungen nicht sich dieser Rede und dieses Tuns befleißigt und warum wurde der Sturz der vorangegangenen bürgerlichen Regierung wie eine Erlösung, wie die Hinwegräumung eines schweren Hindernisses begrüßt? Es ist richtig, daß in der Programmklärung MacDonalds nichts eigentlich „Sozialistisches“ enthalten ist, und daß sie keine, die Grundlagen der heutigen Gesellschaftsordnung, nicht einmal die Grundlagen des britischen Imperiums antastenden, umstürzenden Reformen ankündigt. Wie wäre dies auch möglich bei einer Arbeiterregierung, hinter der im Parlamente nur eine Minderheit steht und die in jedem Augenblick von den bürgerlichen Parteien gestürzt werden kann! Schon diese Erwägung allein muß die englische Arbeiterregierung davon abhalten, Projekte zu hegen und Maßnahmen zu treffen, die nicht wenigstens die Zustimmung der Liberalen finden könnten. Aber nicht das ist das Wesen und der Kern der Frage, ob den Absichten und Plänen der Arbeiterregierung auch die eine oder die andere der bürgerlichen Parteien zustimmt, sondern ob eine der bürgerlichen Parteien fähig ist, die Trägerin und Vorkämpferin dieser Absichten und Pläne zu sein! Die englischen bürgerlichen Parteien sind durch ihre Vergangenheit, durch die Tradition und Erbschaft ihrer Politik zu sehr belastet, um die Kraft und Unabhängigkeit und schließlich auch die Entschlossenheit zu besitzen, den von ihnen verfahrenen Karren ihrer Politik umzuladen und dem neuen System der Diplomatie, auch wenn es gerade kein „sozialistisches“, sondern nur ein allgemein demokratisches ist, folgen zu können. Die Regierung MacDonald ist sich, wie aus seiner Rede hervorgeht, der ungeheueren Schwierigkeiten bewußt, die sie auf ihrem Wege vorfindet und sie weiß, daß die bürgerlichen Parteien sie belauern, um ihren ersten Mißerfolg zu ihrem

Generalangriff der Unternehmer in der Metallindustrie.

Die Unternehmer wollen die Abschaffung der Kollektivverträge. —
Nach Bodenbach: Auffig und Teplitz.

Auffig, 13. Feber. (Eigenbericht.) Die Auffiger Metallindustriellen haben heute zu einer Sitzung die Betriebsausschüsse eingeladen, die sich mit der Stellungnahme der Betriebsausschüsse zu folgender Frage zu befassen hatte:

„Will die Arbeiterschaft unter den bestehenden Arbeitsbedingungen und ohne einen Lohnvertrag nach Arbeitsklassen den Betrieb aufrecht erhalten, oder durch die gleichen Forderungen wie in Bodenbach zum Stillstand bringen?“

Gleichzeitig wurde an die Arbeiterschaft ein Anschlag herausgegeben, in dem zunächst der Wortlaut der Einladung an die Betriebsausschüsse wiedergegeben war, woran folgende Bemerkung angeknüpft wurde: „Die Mehrheit der Betriebsausschüsse wird daher für die Fortführung oder den Stillstand unseres Betriebes entscheidend sein. Wir appellieren in letzter Stunde an unsere alte Arbeiterschaft, uns nicht durch eine nur im Interesse des internationalen Metallarbeiterverbandes, nicht aber im Interesse der Arbeiterschaft gelegene Stellungnahme zur Sperrung des Betriebes zu zwingen. Es wird daher Sache der Arbeiterschaft selbst sein, den Betriebsausschüssen zur Respektierung der Ansicht der Arbeiterschaft zu verhalten.“

Teplitz, 13. Feber. (Eigenbericht.) Die Unternehmer in der Metallindustrie haben heute in den Betrieben des Teplitz. Bezirkes durch einen Anschlag die Arbeiter gegen ihre Gewerkschaft den „Intern. Metallarbeiterverband“ aufzuheben versucht und sich gleichzeitig bemüht die Einigkeit der Arbeiterschaft zu vernichten, indem sie die sogenannten alten Arbeiter also die Werkmeister und Vorarbeiter gegenüber den anderen Arbeitern auspielen wollen. Die Arbeiterschaft lehnt jedoch diese Unterjungen der Unternehmer ab und wird deren Bemühun-

gen so zu nichte machen. Heute wurden in allen Betrieben Versammlungen der Vertrauensmänner abgehalten, die darüber zu entscheiden haben, ob die Entlohnung nach Altersstufen oder nach der Qualifikation, das heißt nach dem freien Ermessen der Unternehmer zu erfolgen habe. Die Arbeiterschaft der Schaufel- fabrik in Wistritz und die der Zin- fabrik der Firma Dudel hat bereits die Erneuerung des Kollektivvertrages verlangt. Der Versuch der Unternehmer der Arbeiterschaft den Kollektivvertrag zu rauben, wird zu Schanden werden.

Diese Utafe der Unternehmer stellen wohl einen der größten Ausfälle der Unternehmer gegen Gewerkschaft und Betriebsausschuß dar. Der bisherige Vertragskontrahent versucht die Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaft, also den anderen Vertragskontrahenten, aufzuheben und unternimmt darüber hinaus den Versuch, die Arbeiterschaft zu einer Beeinflussung des Betriebsausschusses zu mißbrauchen. Die Drohung mit der Aussperrung und der Appell an die Arbeiter, den Betriebsausschuß „zur Respektierung der Ansicht der Arbeiter zu verhalten“, dürfte nicht ganz im Einklang mit dem Terrorgesetz stehen, worauf wir die Aufmerksamkeit des Justizministeriums lenken. Man kann annehmen, daß die Anschläge, die in den Auffiger Betrieben herausgegeben wurden, nicht in Auffig selbst, sondern in der Kanzlei des Metallindustriellenverbandes in Teplitz entstanden sind. Es handelt sich hier um einen allgemeinen Versuch der Unternehmer, durch die Drohung mit der Aussperrung die Arbeiterschaft zum Verzicht auf einen Lohnvertrag zu bewegen.

Die Zukunft der tschechoslowakischen Industrie.

Mit großer Sorge verfolgen unsere Volkswirtschaftler die jeweiligen Ausweise über den Stand des Außenhandels. Jede Schwankung, die das Aktivum der Handelsbilanz zu senten scheint, wird mit großer Betrübnis aufgenommen, jede Steigerung dagegen mit lebhaften Freuden ausbrüchen begrüßt.

Diese Tatsache allein schon charakterisiert das Wesen unserer Industriepolitik. Die tschechoslowakische Industrie ist auf die Ausfuhr angewiesen, jede Unterbindung bedeutet einen Schlag gegen den Lebensnerv der industriellen Zukunft überhaupt. Nun wird seit einiger Zeit von geschäftigen Journalisten immer aufs neue freudvoll festgestellt, daß die Krise im Schwinden sei. Gewiß, aus der halben Million Arbeitsloser sind vielleicht 200.000 geworden. Aber mit ihren Familien sind es immer noch ungefähr dreiviertel Millionen Menschen, die unter den Wirkungen der Krise leiden und sie haben wenig davon, daß die Krise sich „gemildert“ habe. Es wäre ein schlechter Dienst, den man der Volkswirtschaft dieses Staates erweist, wollte man ob der Freude über den Rückgang der Arbeitslosigkeit gänzlich die eigentlichen Probleme der tschechoslowakischen Industrie vergessen. Denn sie gehen tiefer, als jene, die mit Palliativmitteln vorgehen, anzunehmen scheinen oder sich eingestehen wollen. Und dieses Problem ist mit aller Unerbittlichkeit so zu stellen, daß es gelingen muß, diese 200.000 arbeitslosen Menschen zu beschäftigen oder daß sie anderswo Arbeit suchen müssen, also, daß entweder unser Warenexport gehoben wird oder ein ungeheurer Menschenexport einsehen muß.

Daß unsere Industrie für den tschechoslowakischen Staat zu groß ist, wurde genügend erörtert, als daß es weiterer Berechnungen bedürfte. Wir haben drei Viertel der alten österreichischen Industrie und höchstens ein Viertel der alten Bevölkerung übernommen. Hier laßt ein großes Loch. Die gesunkene Kaufkraft der Massen hat das ihre getan, so daß gegenüber der Vorkriegszeit der Inlandskonsum wohl höchstens wie 1:4 steht. Hier kommen wir schon zum ersten Grundschleier unserer „Unternehmer“. Sie sind, um es klar auszusprechen, keine Unternehmer, sondern gewöhnliche Buchhalter. Rechnen Einnahmen und Ausgaben gegeneinander und verbleibt kein Gewinn, so wird im Haushalt balanciert, wo eine Ersparnis zu erzielen wäre. An den Betriebskosten läßt sich wenig sparen, am Einkauf der Rohstoffe ebenso, bleiben also nur die Löhne. Sie werden herabgesetzt. Da nun aber alle Unternehmer so schlau sind, ist die Folge immer geringere Kaufkraft der arbeitenden Massen, das heißt des eigentlichen Großteils der Bevölkerung.

Sturze auszunützen, darum kann und darf sie das Ansehen ihrer Minderheitsherrschaft durch Aufstellung sozialistischer Probleme nicht verwirtschaften. Sie weiß auch, daß ihr auf einem bestimmten Boden bestimmte, scharf umrissene Aufgaben für die unmittelbare Gegenwart gestellt sind, über deren Rahmen sie bei ihrer Regierungstätigkeit nicht hinausgehen darf. Dennoch schlägt die englische Arbeiterregierung ein neues Blatt in der Geschichte des britischen Staates und noch mehr: in der Geschichte der europäischen Völker auf. Und obwohl ihre Ideen „Allgemeinut“ aller englischen Parteien sind, bedeutet ihre Regierungstätigkeit doch eine neue Ära in der Politik, zu deren Schöpfung bei keiner der bürgerlichen Parteien die Voraussetzungen gegeben erscheinen.

Am besten mag dies durch ein konkretes Beispiel erhärtet werden. MacDonalds erster Schritt war die Anerkennung der russischen Sowjetregierung, er hat es also bewirkt, daß England die erste Großmacht ist, die den Ring sprengt, der um Rußland geschmiedet wurde, um ihm den Lebenssaft zu rauben. Die Tat MacDonalds war sicher eine Großtat, aber dabei wäre es töricht zu leugnen, daß sie nicht auch auf dem Wege der Entwicklung und Notwendigkeiten des englischen Staates und seines Kapitalismus liegt, und daß auch die weitstreichigeren englischen bürgerlichen Politiker nicht schon früher die Notwendigkeit dieses Schrittes eingesehen haben. Warum war es nun doch

erst der Labour Party vorbehalten, diese bedeutungsvolle Tatsache zu setzen? Alle bürgerlichen Regierungen der europäischen Staaten, und natürlich auch jene Englands, hatten in ihrer politischen Einstellung zu Sowjetrußland die Befämpfung des Kommunismus und des bolschewistischen Terrors durch die Blockade und durch Interventionen vorangestellt. Der zur Schau getragene Abscheu über die bolschewistischen Greuelstaten war nur ein Wortwand, um das Sowjetregime durch die Aussperrung Rußlands zum Sturz zu bringen, denn dieselben bürgerlichen Regierungen scheuten sogar davor nicht zurück, die Regierung des blutbesten Abdul Hamid anzuerkennen. Die zarten Seelen der kapitalistischen Regierungen fühlten nur deshalb ihre Gefühle durch den Sowjetterror verletzt, weil sie einen Vorwand brauchten, um durch Isolierung und Aussperrung Rußlands das Sowjetregime zu stürzen und an dessen Stelle das Zarentum zu setzen, das die Aufgabe gehabt hätte, dem westlichen Kapitalismus als Eintreiber und Zinseneintreiber der alten russischen Anleihehulden zu dienen. Die Einschaltung des russischen Reiches in den europäischen Wirtschaftsbetrieb ist zweifellos im Interesse der gesamten kapitalistischen Staaten gelegen, aber dennoch fand keine ihrer Regierungen dazu die Kraft, weil sie alle mit dem Hauptbuch in der Hand an die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands herantraten. Erst sollten die Sowjets die Anleihehulden der früheren Zarenregierungen zahlen, ehe sie sich

herbeilassen wollten. Rußland als gleichberechtigten souveränen Staat anzuerkennen. MacDonald dagegen sah nur das unmittelbar Notwendige: den Wiedereintritt Rußlands in den europäischen Wirtschaftsbetrieb, er forderte nicht erst eine materielle Gegenleistung, brach mit den Grundjagen der früheren kapitalistischen Geschäftspolitik und sprach die Anerkennung der Sowjetregierung aus, eine Tat, die wohl auch dem bürgerlichen Staate dient, an der aber die bürgerlichen Staatslenker durch ihre engherzige und engstirnige Händlerpolitik gehindert waren.

Die Rede MacDonalds enthält nichts Umstürzendes, ihr Inhalt ist das Programm der Wiedergeburt Europas, seine Emporführung zu normalen Verhältnissen. Dennoch bedeutet die Linie der englischen Labour Party eine große politische Wendung. Es ist, wie wenn in einem dunklen Raume die Tür aufgestoßen wird und Licht hereinstutet. MacDonalds Hauptziel ist, mit der verwüstenden Politik, die durch Frankreichs Imperialismus symbolisiert wird, zu brechen. Aber sein Weg geht nicht durch einen Krieg hindurch, er will nicht den Bruch mit Frankreich, sondern Freundschaft mit Frankreich, aber auch Freundschaft mit Deutschland und Verständigung mit Rußland. Darum ist die englische Arbeiterregierung eine Hoffnung der zerquälten, sich nach Frieden sehnenen Völker. MacDonalds Rede führt dieser Hoffnung neue Kräfte zu!

Poincarés Saat geht auf!

Zurückbares Blutbad in Birmasens. — Reichstreue Deutsche gegen Separatisten. — Achtundzwanzig Tote.

Die Wirkungen sind bekannt: sie äußern sich eben in jener Form der Wirtschaftskrise, die wir heute kennen, die keine Absatzkrise ist, sondern eine Konsumtionskrise, bewirkt durch die willkürlich herabgedrückte Kaufkraft der Massen, die im Gegensatz zu den meisten Krisen der Vorkriegszeit Waren- und Absatzmangel parallel nebeneinander stellt, bei Hunderttausenden von Hungerigen und aller nötigen Bedarfsartikel verbrauchten die Fabriken still stehen läßt. Ein geringer Teil der Bevölkerung ist in unglückliche, riesengewinne zu machen, die er irgendwie anwendet: die Luxusindustrien blühen auf, die auf den täglichen Bedarf eingestellten Werke feiern. In Deutschland ist dieser Prozeß wohl am deutlichsten zu beobachten, bei uns in entsprechend reduzierter Form nicht minder.

Nicht der Schlechteste und Geschäftsunfähigste unter den Unternehmern, Henry Ford, hat nachgewiesen, daß sowohl für den einzelnen Unternehmer wie für die gesamte Volkswirtschaft des Landes nicht hohe, sondern niedrige Löhne den Ruin bedeuten. Es ist nicht immer richtig, daß der steigende Export ein Spiegelbild der Verelendung der breiten Massen sein muß. Dort, wo Industrie und Bevölkerung in einem solchen Verhältnis sind wie in der Tschechoslowakei, ist der Export unerlässlich, soll die Industrie im bisherigen Ausmaß aufrechterhalten bleiben. Aber es muß auch ein normales Verhältnis des Inlandskonsums gefunden werden, soll nicht die Arbeiterschaft infolge der steigenden Not zur Auswanderung gezwungen werden. Wochenlöhne von 30 Kronen, wie sie heute nicht selten sind, Zwei- und Dreischichtenbetrieb in der Woche, wie wir ihn heute immer noch finden, bedeutet keinen Anreiz, ausgerechnet in der Tschechoslowakei zu leben und zu arbeiten. Die heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnisse müßten ein momentanes Plus zugunsten der Unternehmer darstellen, die fortschreitende Verelendung der Weltwirtschaft wird den ausländischen Arbeitsplatz desto begehrenswerter erscheinen lassen. Eine Industrie, die mit der Zukunft zu rechnen hat, darf keine Tagespolitik betreiben.

Manche unserer Industriekapitäne machen sich die Sache leicht. Sie erklären, und finden auch willig Wirtschaftstheoretiker genug, die es wissenschaftlich beweisen, daß die Industrie für das tschechoslowakische Wirtschaftsgebiet zu groß sei und deshalb auswandern müsse. Man weiß, daß einzelne Unternehmer diesen hervorragenden Rat schon befolgen. Viele Betriebe in der Slowakei sind mit ihren Maschinen nach Ungarn, nach Rumänien, nach Polen gezogen, einzelne Textilbetriebe Nordböhmens haben dieses Kunststück nachgemacht. Aber es ist bloß nötig auf Belgien, auf die Schweiz zu verweisen, die mindestens so überindustrialisiert sind wie die Tschechoslowakei und dennoch immer glänzend auskamen, bis sie der Wirbel der Weltwirtschaftskrise mit in seinen Bereich zog. Aber auch in diesen beiden Ländern haben sich die Verhältnisse schon wesentlich gebessert und die Schweiz z. B. hat heute ungefähr nur noch ein Sechstel der Arbeitslosenzahl, die sie vor einem Jahr hatte. Das Geheimnis des Exporterfolges beruht einfach darauf, daß Qualitätswaren geliefert werden, die bei entsprechenden Preisen überall ihre Käufer finden. Es ist nicht einmal richtig, daß die Preise die billigsten sein müssen. Obgleich man eine Kostsparende vor dem Auge um fünf Kronen kaufen konnte, hat dennoch die schweizerische Uhrenindustrie floriert, auch wenn eine Omega- oder Zenithuhr 30 und mehr Kronen kostete, weil man eben die Qualität und nicht immer nur die Billigkeit kauft. Zur Erzeugung von Qualitätswaren aber gehören vor allem gute technische Einrichtungen und gute Arbeiter. Die Arbeiter haben wir im Lande. Aber es scheint die Tendenz der Unternehmer zu sein, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf das gleiche Niveau herunterzubringen, auf dem sich die technischen Einrichtungen befinden. Durch den immerwährenden Lohnabbau, durch die sozialen Verschlechterungen wird die Arbeitskraft unzuverlässig herabgemindert. Ein schweizerischer Arbeiter würde sich für das „Leben“, das hierzulande das Proletariat zu führen hat, bedanken. So wird der Lohnraub nicht nur zu einer Minderung der Kaufkraft der Massen und damit einer neuen Quelle von Krisen, sondern auch zur Demotivation des Exportgeschäftes, da er die qualifizierten Arbeiter entweder vertreibt oder durch die Senkung der Lebenslage auch die Arbeitsfähigkeiten beeinträchtigt.

Die technischen Einrichtungen sind bei uns in manchen Betrieben nicht die schlechtesten. Deutlich merkt man die Folgen. Während die großen Witkower Eisenwerke eine ungeheure Krise durchleben, konnte das wesentlich kleinere benachbarte Krzyznitzer Werk fast ununterbrochen arbeiten. Dort eine durch immerwährende Zubauten bewirkte unrationelle Verteilung der einzelnen Werkabteilungen, die oft kilometerweit auseinander sind, im Interesse des Arbeitsprozesses jedoch zusammengehören, hier eine streng einseitige Anlage von der Chamottefabrik bis zum Walzwerk, bei der jede unrationelle Verzögerung, jeder unnötige Transport der Halbfabrikate vermieden wird. Die nicht schlecht eingerichteten Werke der Poldihütte und der Broger Eisen sind kein Gegenbeispiel, da dort die Kohlenbasis nicht die günstigste ist und die Produktion hemmend beeinflusst. Dabei ist Witkowitz nicht der am schlechtesten eingerichtete Betrieb. Wir haben weit ärgere, an mittelalterliche Produktionsformen grenzende Betriebsstätten. Wie sollen sie gegen die Welt der Technik konkurrieren können? Hier wird mit noch so wohlgemeinten Maßnahmen kleinen Stiles nicht geholfen. Unsere Unternehmer müssen aus ihrer Verhärtung heraus, sie waren es im alten Oesterreich gewohnt,

Berlin, 13. Feber. Wie die Blätter aus Birmasens melden, ist dort seit gestern abends zwischen der Einwohnerschaft und den Separatisten ein schwerer Kampf im Gange. Eine Abordnung der Einwohnerschaft verlangte von dem separatistischen Bezirkskommissar den Abzug der Separatisten aus der Stadt. Als dies abgelehnt wurde, zog eine große Menschenmenge vor das Bezirksamtgebäude in welchem sich die Separatisten verschanzt hatten. Diese schossen von dort auf die Menge und warfen Handgranaten gegen sie. Auf Seiten der Bevölkerung soll es bereits mehrere Tote und Verwundete geben. Um das Bezirksamtgebäude sind Feuerminen aufgeführt, um das Gebäude unter Wasser zu setzen und auf diese Weise die Separatisten zur Uebergabe zu zwingen.

Da die Feuerwehr mit den Spritzen nichts ausrichtete, wurde das Gebäude mittels Benzin in Brand gesetzt. Als der untere Teil des Gebäudes in Flammen stand, stellten die Separatisten das Feuer ein und baten um Gnade. Inzwischen waren einige Männer mittels einer Leiter in das Gebäude eingedrungen und es entstand ein Handgemenge. Die das Gebäude verlassenden Separatisten wurden von der mählos erregten Menge erschlagen. Unter ihnen befanden sich auch der Separatisten-Regierungs-Kommissar Schwab, der sich durch besonders brutales Vorgehen ausgezeichnet hatte, sein „Adjutant“, sowie andere bekannte Separatisten. Das Gebäude brennt noch zur Stunde (9 Uhr vormittags). Wie verlautet, sind auf Seiten der Bevölkerung drei Tote, nämlich, soweit bisher festgestellt werden konnte, der praktische Arzt Dr. Anstätt, welcher mit dem Verbinden von Verwundeten beschäftigt war, ein junger Mann und eine Frau, außerdem 20 Schwerverletzte zu verzeichnen. Die Besetzungstruppen verhielten sich während der Kämpfe vollkommen neutral.

Nach den bisher vorliegenden Feststellungen sind bei dem Sturm der Bevölkerung auf das Rat-

haus im Ganzen sieben Personen getötet worden, darunter vierzehn Separatisten.

Birmasens, 13. Feber. (Wolff.) Nach neueren Feststellungen über den Verlauf des Kampfes hat sich die Zahl der Toten auf Seiten der Separatisten auf 28 und auf Seiten der Bevölkerung auf acht erhöht. Das Bezirksamt ist vollständig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Grundmauern.

Der Belagerungsstand verhängt.

Aoflenz, 13. Feber. (Havas-Meldung.) Zwei Kompagnien französische Infanterie wurden nach Birmasens entsandt. Die interalliierte Rheinlands-Kommission beschloß einmütig, über Birmasens den Belagerungsstand zu verhängen und insbesondere die dortigen Turnervereine aufzulösen. Ein Sonderdelegierter der interalliierten Kommission erließ eine besondere Verordnung betreffend den Aufenthalt auf der Straße, wobei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht genommen wird. Andererseits bestätigt sich, daß bei den Ereignissen in Birmasens die geheimen nationalistischen Organisationen in Heidelberg, die insbesondere unter den Arbeitslosen agitierten, eine große Rolle gespielt haben.

Zehn Tote in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 13. Feber. (Wolff.) Seit heute morgen 8 Uhr wird um das Bezirksamt, das Hauptquartier der Separatisten, seitens der Bevölkerung gekämpft. Marokkanische Truppen griffen ein, um die Menge von dem Gebäude, das zugleich ein französisches Bezirksamt (!) beherbergt, wegzutreiben. Nach einer Havas-Meldung griffen militärische Abteilungen ein. Es gab zehn Tote und zehn Verwundete.

durch Zollschranken geschützt, den Inlandskonsum nach Herzenslust ausbeuten zu können. Heute geht das nicht mehr. Der Export ist dringend nötig und er heißt den Freihandel. Der heute Schutzölle verlangt, untergräbt die Wurzeln der tschechoslowakischen Industrie, weil der Schutzölle eines Landes unweigerlich den Schutzölle des anderen nach sich zieht. Der Ring, den man um das eigene Land ziehen will, den Import zu verhindern, wird gleichzeitig zu einer starren Kette, die den Export unmöglich macht. Bedeutet freiwillige Absperrung des Landes vom Weltmarkt. Was das für ein so ausgeprochenes Exportland wie die Tschechoslowakei heißt, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Wird aber der Schutzölle den Export verhindern, so ist er gleichzeitig auch nicht imstande, den Inlandabsatz zu heben, der durch die Lohnreduzierungen immer tiefer gedrückt wird. Es können höchstens ein paar gewissenlose Unternehmer mehr verdienen, aber die Volkswirtschaft des Landes wird dabei systematisch zugrundegehen.

Reicht also nur ein Weg: der Kampf mit der Weltkonkurrenz. Er geht nur über die Qualitätsware, die gleichzeitig möglichst billig sein muß. Sie zu erreichen, vermag nur ein technisch gut eingerichteter Betrieb mit einem Stamm guter Arbeiter, die entsprechend zu bezahlen sind. Und so reduziert sich das ganze Problem der Zukunft der tschechoslowakischen Industrie nur auf die eine Forderung, des technischen Ausbaus der Betriebe. Es wird vollauf nötig sein, ganze Werke umzubauen, zu konzentrieren, zu zentralisieren, zu normisieren. Wir haben eine tschechoslowakische Normierungsgesellschaft, von deren Wirksamkeit freilich nur selten etwas zu hören ist. Sie müßte zu einem Faktor der staatlichen Wirtschaftspolitik werden. Denn auch der Staat ist ein schlechter Rechner und seine Förderung der Industrie beschränkt sich auf hohe Tarife und hohe Steuern. Auch er ist ein schlechter Kaufmann, der vermeint, durch absolut hohe Einnahmen alles getan zu haben, was dem Staate frommt. Dabei vergessen wird, daß durch intensive Förderung der Handels- und Industriemöglichkeiten, durch eine zielbewusste Wirtschaft auch bei absolut niedrigeren Einnahmen infolge der Ausdehnung der Steuer- und Tarifbasis die Einnahmen relativ mehr steigen als sie absolut gefunden sind. Schafft er aber einmal sporadische Erleichterungen wie eben jetzt bei der Kohlensteuer und den ermäßigten Tarifen für den Abstofftransport, so verliert der Gewinn in den Taschen der Industrie und des Zwischenhandels, ohne daß die Allgemeinheit einen Nutzen davon hätte. Die Preise sinken nicht; bleiben nicht einmal stabil, sondern sie steigen unangeführt weiter. So wandelt sich der Vorteil, den die Steigerung der Valuta bringen könnte, zum Nachteil, schafft die Diskrepanz zwischen Kaufwert und Auslandswert der Krone, um die wir auf dem Weltmarkt zu teuer sind. Diese Diskrepanz aber ist eine ständige Bedrohung für die Valuta, da die Industrie immer wieder mit Angriffen gegen sie kommen wird, findet sie keinen anderen Ausweg, die Konkurrenzfähigkeit zu erlangen. Es erwächst dem Staat im eigenen Interesse die Pflicht, reponiert in das Getriebe der Industrie einzugreifen. Das Dogma von der Unantastbarkeit des privaten Unternehmertums muß aufhören, wo sich mit immer größerer Klarheit erweist, daß diese Industrie unfähig ist, selbst Ordnung zu schaffen. Sind unsere Unternehmer keine Unternehmer, so muß

sie der Staat zu solchen machen. Muß großzügig eingreifen, wo das Schicksal Hunderttausender von Arbeitern, gleichzeitig aber wesentlich jenes der gesamten Volkswirtschaft auf dem Spiele steht.

Von der Sozialisierung zu reden, erscheint vielen heute ungehörig. Aber so groß ist die Nachfülle des Unternehmertums doch wohl nicht, daß der Staat sich des vernünftigen Rechtes begeben müßte, dort einzugreifen, wo es im Interesse der Allgemeinheit nötig ist. Ein großer Wirtschaftspol ist aufzustellen, die Industrie zu verhalten, sich den Bedürfnissen der neuzeitlichen Produktion anzupassen. Finanzielle Unterstützung, etwa im Sinne der Förderung der Baubewegung, wird vielleicht nicht zu umgehen sein, sich aber ebenso wie jene, die es sich um produktive Unternehmungen handelt, noch weit mehr bezahlt machen. Kontrolle der Betriebsergebnisse, Zwang, erhebliche Teile des Reingewinnes zu Investitionen zu verwenden, muß damit Hand in Hand gehen. Unseren Betriebsausschüssen werden dabei große Aufgaben erwachsen. Sie haben die geschickte Handhabung, auf technische Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen und man sollte mehr als bisher diese Bestimmungen des Gesetzes beachten. Wird nicht gehandelt, sondern immer nur geredet, dann haben wir zwei Perspektiven vor uns: entweder eine Aera der bewußten Inflation durch die Industrie und damit verbunden ungeheure Not für die Arbeiter oder Absperrung der Warenzufuhren aus dem Ausland, damit verbunden die Sperre der Ausfuhr, gleichbedeutend mit dem Zwange, die Industrie um wenigstens 30-40% zu reduzieren, statt des Warenexportes den Export der menschlichen Arbeitskraft und der Produktionsmittel. Die Gefahr wird besonders mit der Krise der Landwirtschaft, die ein besonderes Kapitel ist, immer größer und Sache der Berufenen, darunter auch der Arbeiterschaft, muß es sein, an die Stelle der gedankenlosen Indolenz die Organisation und die Tatkraft zu setzen.

Josef Böllina.

Inland.

Der gelegensnundige Herr Abgeordnete.

Neues vom Schöllich.

Der „Sozialdemokrat“ vom 15. Dezember hat sich mit der sonderbaren Art befaßt, wie zu dem Antrag der Deutschnationalen im Abgeordnetenhaus auf Einführung eines numerus clausus für die jüdischen Hörer an den Hochschulen Unterschriften gesammelt wurden. Der ungarische Christlichsozialer Abgeordnete Szentivanyi, der auf dem Antrag unterschrieben war, hatte nämlich erklärt, seine Unterschrift unter diesen Antrag nicht gesetzt zu haben. Auch der Sekretär des Klubs der ungarischen Christlichsozialen Tomory erklärte gleichfalls, den Namen Szentivanyi auf den Antrag nicht gesetzt zu haben. Wenige Tage später, um die Weihnachtszeit, sandte der Herr Abgeordnete Schöllich dem „Sozialdemokrat“ ein Weihnachtsgeschenk in Form einer tatsächlichen Berichtigung, welches Geschen-

aber zum größten Erstaunen des Herrn Schöllich nicht entgegengenommen wurde. Daraufhin klagte Herr Schöllich den verantwortlichen Redakteur des „Sozialdemokrat“ Genossen Dr. Strauß an und verlangte in seiner Klage nicht nur die Aufnahme der Berichtigung, die Verurteilung des „Sozialdemokrat“ zur Tragung aller Kosten, sondern sogar, — man höre und höre! — der „Sozialdemokrat“ möge, wenn er die Erfüllung des Herrn Schöllich nicht bringe, ganz und gar eingestellt werden!

Mittwoch, den 13. Feber fand nun vor dem Bezirksgericht für Uebertretungen in Prag die Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Der verantwortliche Redakteur des „Sozialdemokrat“ Gen. Dr. Strauß erklärte, daß er die Berichtigung des Herrn Schöllich deswegen nicht veröffentlicht habe, weil diese Berichtigung dem § 19 des Preßgesetzes nicht entspräche habe. Herr Schöllich hat nämlich in dieser Berichtigung gar nicht geschrieben, was er berichtigen will, hat gar nicht angeführt, um welche Notiz bzw. um welche Nummer des „Sozialdemokrat“ es sich handle. Der Richter pflichtete der Auffassung des Angeklagten bei und führte zu deren Begründung noch aus, daß dem Preßgesetz entsprechend die Zeitung verpflichtet sei, die Berichtigung an derselben Stelle und mit denselben Lettern zu veröffentlichen, wie die zu berichtende Notiz; nachdem aber dem verantwortlichen Redakteur nicht bekannt gewesen sei, welche Notiz berichtigt werden müsse dieser auch im unklaren darüber gewesen sein, an welcher Stelle und in welchen Lettern die Berichtigung zu erfolgen habe. Nun wollte der Rechtsvertreter des Herrn Schöllich — Herr Schöllich selbst war nicht erschienen — einen Ausgleich anbahnen und beantragte, daß die Kosten zwischen Herrn Schöllich und dem „Sozialdemokrat“ zu teilen wären. Auf dieses Ansuchen ging naturgemäß der geglättete verantwortliche Redakteur nicht ein. Um sich nun mit seinem Klienten ins Einvernehmen zu setzen, beantragte der Vertreter des Klägers die Veriagung der Verhandlung, welchem Wunsche der Richter auch entsprach.

Herr Schöllich hätte sich die ganze Angelegenheit ersparen können, wenn er vorher des Preßgesetzes durchgesehen hätte — was man vom Herausgeber einer Zeitung und deutschnationalen Presseleuchte als selbstverständlich voraussetzen sollte.

Ziel Geizrei und wenig Wölle.

Der Reichenberger „Vorwärts“ ist wieder einmal außer Rand und Band geraten. Seit einem Vierteljahr, ungefähr seit der Ueber-Niederlage der reichsdeutschen Kommunisten, war er auffallend still gewesen. Die Revolution war eben wieder einmal abgeblasen und der Vorrat an Parolen erschöpft, die neue Sendung aus Moskau verzögert. Mit Bonnegheul stürzte sich darum der „Vorwärts“ auf die „Sieges“-Nachrichten aus Thüringen, die ihm Gelegeheit gaben, über den „unbesiegbaren Kommunismus“ (gemeint ist die kommunistische Partei) zu sezt-artikeln: Die Sozialdemokratie hat einen vernichtenden Rückzug angetreten! Na, da wir nun auch in Thüringen vernichtet sind können wir von Glück reden, daß uns dort von ehemals 264.000 sozialdemokratischen Wählern noch immer 200.000 blieben, die allerdings neben den 155.000 kommunistischen zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken. Versteht sich, in den Augen des „Vorwärts“, die Reichenberger Kommunisten sind mächtig stolz auf den Erfolg ihrer thüringischen Freunde, preisen ihn als einen Sieg des Kommunismus, während es sich doch nur um ein bolschewistisches Produkt der beispiellosen reichsdeutschen Verhältnisse handelt, der von rechts und links besorgten Berichtigung und Verwirrung der Köpfe, die dann wiederum auch von den Rechts- und Linksbolschewisten weiblich ausgeübt wurde. So erklären sich die 77.000 Stimmen der Wölflingen, die bisher im Landtag von Weimar überhaupt nicht vertreten waren und so erklärt sich auch der Stimmenzuwachs der thüringischen Kommunisten. In der Tschechoslowakei geht den Herren Kommunisten die Sache nicht so am Schmirchen, hier halten sie schon seit Jahr und Tag sehr be-recht den Mund und darum letzten sie nach Erfolgen in weiter Ferne, deren Dauerhaftigkeit aber erst zu beweisen sein wird. Wenn der Thüringer Stoßtrupp der SPD, jetzt zu einiger Bedeutung gelangt, so viel leisten wird wie die SPD, nämlich nichts, dann wird die Episode, die sie spielen sollen, von sehr kurzer Dauer sein.

Auch die gelben Knechte der Bourgeoisie jubeln.

Der Ausfall der Wahlen in Thüringen gibt auch Gelegenheit, das Wesen, die Gesinnung und die Gefühle der deutschen Nationalsozialisten unverhüllt zu erkennen. Die Halbkreuzlergesellschaft der Herren Knitzsch und Jung, die sich eine „Arbeiterpartei“ nennt, jubelt auf über den Ausgang der Wahlen in den thüringischen Landtag, in Riesenlettern verkündet der Duxer „Tag“ eine „schwere marxistische Niederlage“, die doch nichts anderes als eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft darstellt, sie mag nun sozialdemokratisch oder kommunistisch orientiert sein. Es übertrifft alle Erwartungen“ der heimischen Halbkreuzlerpresse, daß das Bürgerturn eine Mehrheit gegenüber den Stimmen der Arbeiter erlangt hat und um es recht anschaulich zu machen, wie groß die Niederlage der Arbeiter in Thüringen sei, greift der Duxer „Tag“ zu der urblöden Lüge, daß Sozialisten und Kommunisten 38 Landtagsmandate verloren hätten, während es jedem Zeitungsleser bekannt ist,

daß Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen bisher 28 von 54 Mandaten hatten, während sie jetzt 27 von 65 haben. Die verlorenen 28 Mandate hat der „Tag“ schlankweg erfinden. Daß die deutschen Nationalsozialisten in ihrer Freude über die Wahlniederlage der Thüringer Arbeiterpartei so rückhaltlos in den Jubel des reaktionären Bürgerturns einstimmten, erklärt die alte Tatsache, daß die deutschen Nationalsozialisten nur die Schleppträger der Bourgeoisie, des Kapitals und des Unternehmertums sind. Nur das deutsche Volk ist mit einer solchen reaktionären, dem Kapitalismus dienenden „Arbeiterpartei“ beglückt, wie es die hakenkreuzerischen Nationalsozialisten sind. Sie beispielsweise mit den tschechischen Nationalsozialisten — die aber deswegen alles eher denn eine marxistische revolutionäre Partei sind — zu vergleichen, hieße die tschechischen nationalsozialistischen Arbeiter schwer beleidigen, die zwischen sich und der kapitalistischen Bourgeoisie immerhin einen gewissen Trennungsfrieden gezogen haben. In purer Deuselei hat der Duxer „Tag“ vor einigen Wochen die Arbeiterregierung in England begrüßt. Die Probe auf dieses Exemplar wird zu machen sein, wenn die Regierung Macdonalds einmal gestürzt werden wird, worauf die widerwärtigen deutschen Nationalsozialisten im Reiche wie bei uns ja nur warten. Sie mögen in demagogischer Weise noch so sehr bei ihnen raffenden Gelegenheiten vorgehen, auch Arbeiterinteressen zu vertreten — jede wichtige politische Entscheidung, die im Inlande oder Auslande fällt, enthält ihr reaktionäres Herz, beweist, daß sie auf der anderen Seite der Barrikade stehen, auf der sie als willfährige Söldner des Kapitalismus gegen die sozialistische Arbeiterschaft kämpfen.

Die Beratung der Sozialversicherung

Der sozialpolitische Unterausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich in seinen Beratungen mit dem ersten Abschnitte der Sozialversicherungsvorlage, über den Umfang der Versicherung und den Kreis der Versorgten beschäftigt.

Im § 1 des Gesetzes heißt es, daß durch das Gesetz die Versorgung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters geregelt wird. Der Referent gab hierzu bekannt, daß die Auffassung des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen hinsichtlich der Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die Sozialversicherung im allgemeinen richtig ist. Genosse Taub trat mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß dem von uns überreichten Antrage, durch die Vorlage möge auch die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung geregelt werden, entsprochen werde. Er wies auf die Vorteile hin, die durch die Vereinigung infolge Ersparnissen an Verwaltungskosten und dadurch herbeigeführt werden würden, daß die ansehnliche Zahl der eingearbeiteten Beamten der Unfallversicherung der gesamten Sozialversicherung zur Verfügung gestellt werden wird. Taub wies diese Vorteile an der Hand einiger von Fachleuten Deutschlands abgegebener Gutachten nach. In der Frage der Arbeitslosenversicherung wies er darauf hin, daß die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit kein Maßstab für die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege sein könne. Diesen geänderten Verhältnissen muß auch die Organisation der Arbeitslosenfürsorge angepaßt werden. Das Genter System ist für die abnormalen Verhältnisse nicht geeignet.

Der Vorsitzende Dr. Winter pflichtete der Auffassung Taubs bei, daß wir keinen Ueberflus an Kräften haben und daß die Individualversicherung in der Unfallversicherung kommen wird. Redner hielt den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Lösung dieses Problems nicht für geeignet. Was

Deutschnationale Unternehmerrechte.

Unser, unter dem Titel „Niedriger hängen.“ in der Dienstnummer erschienene Artikel hat in der völkischen Schriftleitung am Tschener Marktplatz eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen, so zwar, daß sich zur selben Stunde, als unser Artikel erschien, p.h. hinfetzte und eine Erwiderung schreiben mußte. Herr p.h., der vorher die Schulle eines jüdischen (!) Tagblattes absolvierte, ehe er sich die Eignung zum arisch-völkisch-sittlichen „Schriftleiter“ erwarb, muß den Versuch unternehmen, mit uns zu polemisieren, und schreibt, daß der „Sozialdemokrat“ den „bewundernswerten Mut“ ausbringt, sich mit der Tagblatt-Rotiz über die Metallarbeiterausperrung zu befassen. p.h. möge zur Kenntnis nehmen, daß es nicht „Mut“ ist, den man aufbringen muß, um sich mit seinen Ergüssen zu befassen, wohl aber muß man ein Uebermaß an Ekel und Widerwillen unterdrücken, ehe man den völkischen Unrat eines Wortes würdigt. Auch im vorliegenden Fall trifft dies zu und nicht, um mit einem p.h. zu polemisieren, sondern um der Öffentlichkeit aufzuzeigen, mit welcher schmutzigen Mitteln das Unternehmerorgan arbeitet, nehmen wir von den Ergüssen des Tagblatt Notiz.

Das „Sudetendeutsche Tagblatt“ behauptet wiederholt, daß der Streik vor Abschluß der Verhandlungen begonnen hat. Wenn sich der Herr Schriftleiter schon juristisch beraten ließ, so hätte er sich müssen auch in dieser Frage die Wahrheit sagen lassen. Wir stellen fest: Der Vorsitzende der Verhandlungen am 1. Feber, der ein Unternehmer ist, hat ausdrücklich die Verhandlungen abgebrochen und erst nachher, als die Unternehmer sahen, daß der Abbruch auf die Unterhändler der Arbeiter nicht die niederschmetternde Auswirkung auslöste, die die Herren Unternehmer vielleicht erwarteten, wurde von ihm erklärt, daß er nochmals die Bodenbacher Unternehmer besorgen wolle, ob sie einen Vertrag abschließen wollen, und daß am Samstag den 2. Feber noch die telegraphische Verständigung an die Zentrale in Komotau erfolgen werde. Das ist aber nicht geschehen, sondern erst am 3. Feber kam ein Brief, der aber etwas ganz anderes beinhaltete, als von den Unternehmern am Freitag erklärt wurde. Ob nun der juristische Ratgeber des „Nordböhmischen Tagblattes“ anderer Meinung ist oder nicht, hat nichts zu sagen, denn hier sprechen Tatsachen und die sind maßgebend.

Unser Artikel scheint aber das bisherige Substrat, das bei normalen Leuten Gehirn genannt wird, beim Herrn p.h. gänzlich vorräumt zu haben, denn er schreibt in dem Artikel, daß die Bewegung dem Zwecke dient, bezw. die Arbeit erst dann ausgenommen werden darf, wenn sich die Unternehmen zum Genter System bekennen und zwar, daß dies eine Irreführung, ein Simpelstanz sei. Er schreibt, daß das Genter System eine politische Ueberzeugung ist, und

solchen Blödsinn mehr. Wenn der akademisch gebildete Herr p.h. von diesen Dingen nicht einmal soviel versteht, wie der allerletzte Arbeiter im Betrieb, so sollte er lieber nichts darüber schreiben, es könnte ihm schon einmal passieren, daß der Stempel der Gefangenen wird, er ist.

Es würde etwas an dem ganzen fehlen, wenn das arische Blatt nicht wieder von „Volksgemeinschaft“ und „roten Führern“ fofeln würde und den Streik als eine Leichtfertigkeit, von den roten Führern provoziert hinstellen würde. Wie die Arbeiter über den Streik denken, davon könnte sich p.h. sehr leicht überzeugen, wenn er in eine Betriebsversammlung käme, vorausgesetzt, daß er sich nicht geniert, einmal mit wirklichen Arbeitern in Berührung zu kommen.

Die Volksgemeinschaft könnte er jenen sieben Firmen predigen, die aus Solidarität zu drei Unternehmungen 1200 Volksgenossen Arbeiter auf Pflaster warfen. Wie es mit der berühmten „Volksgemeinschaft“ bestellt ist, wenn das Profitinteresse in Frage kommt, dürfte übrigens auch p.h. nicht unbekannt sein. Vielleicht erinnert er sich, daß seinerzeit — es dürfte etwa ein Jahr her sein — die Schriftleiter eines arisch-völkischen Tagblattes bei den in einer roten Gewerkschaft organisierten Buchdruckern die Fächer ausreichten, wie sich diese im Falle eines Schriftleitersstreikes verhalten würden. Dieser Streik wäre wohl nicht von den „roten Führern“ angezettelt gewesen, wohl aber hätten sich arisch-völkische Schriftleiter von der völkisch-gemeinschaftlichen Gesinnung ihrer Brot- und Auftraggeber überzeugen können.

p.h. verwahrt sich, daß das „Nordböhmische Tagblatt“ als Kapitalistenblatt, resp. als Unternehmerorgan bezeichnet wird. Demgegenüber erinnern wir daran, daß die Unternehmer von Bodenbacher-Tschschen durch den Industriellenverband an der Erwerbung des Blattes teilgenommen haben, daß der Nationalpartei Dr. Keimisch, der Anwalt des Industriellenverbandes ist, und daß das Blatt, als die Arbeiter der Firma Juch in Böhmisch-Kamitz und jene der Firma Fonnuschmied und Weichpennig in Bismarburg im Streik standen, durch Aufnahme von Inseraten Streikbrecher für diese Firmen geworden hat, also zugunsten der Unternehmer den im Kampfe stehenden deutschen Volksgenossen Arbeitern in den Rücken gefallen ist. Das genügt wohl hinlänglich, um es als Unternehmer, als Kapitalistenblatt zu qualifizieren. Damit glauben wir das Tagblatt und p.h.s Ergüsse so niedrig gehalten zu haben, daß es wohl jeden halbwegs Denkenden unter der Arbeiterschaft möglich ist, in ihnen das zu erkennen, was sie sind: Feinde der Arbeiter.

die Arbeitslosenversicherung anlangt, ist es möglich, daß wir sie organisatorisch mit der Sozialversicherung vereinigen, wenn auch in einem späteren Zeitpunkt. Der Hinweis auf die Bergarbeiterversicherung als Hindernis für die Vereinigung ist nur eine Ausflucht, wenn auch der Redner unterhüllt zugab, daß durch die Separation ein Fehler geschehen ist.

Zobann wurde der § 2 der Vorlage, der von der Versicherungspflicht handelt, in Beratung gezogen. Genosse Taub trat der von Dubich beantragten Streichung des zweiten Absatzes entgegen, da dadurch der vorübergehend im Ausland Beschäftigte vollkommen schutzlos wäre und eine unverschuldete Schmäherung der Renten-

in der Alters- und Invalidenversicherung mit in Kauf nehmen müßte. Redner machte schon jetzt darauf aufmerksam, daß er gegen die in den Paragraphen 5 und 6 vorgesehene Ausscheidung der Bedienerinnen, Wäscherinnen, Hauslehrer und Lehrerinnen und für die Einbeziehung dieser ärmsten Schichten des manuellen und geistigen Proletariats in die Versicherung eintreten werde. Taub ist sich der administrativen Schwierigkeiten bewußt, er glaubt aber, daß durch systematische Erziehung im Wege der Selbstanmeldung im Laufe der Zeit diese Personen fast vollkommen erfasst werden würden. Im Interesse der Staatsangehörigen ist er dafür, daß sie in die Vorlage, insofern die Krankenversicherung in Betracht kommt, einbezogen werden.

gen werden. Taub wendet sich ferner gegen Bavra (tschech. Gewerbet.), der die Ausscheidung der Schiffe und Lehrlinge verlangte. Die Arbeitgeber, die Lehrlinge beschäftigen, als Wohltäter hinzustellen, scheint dem Redner ein Argument zu sein, mit dem man sich auf Grund der gesammelten Erfahrungen im sozialpolitischen Ausschusse nicht beschäftigen kann. Abg. Taub war der Auffassung, daß die „bedrohte“ Konkurrenzfähigkeit nicht erkaufet werden darf durch den Verzicht einer Arbeiterschaft auf die primitivste soziale Fürsorge. Die Rechtsinbeziehung der Lehrlinge in die Versicherung wäre nicht nur das schwerste soziale Unrecht, das wir niemals zugeben werden, sondern wäre auch eine schwere Gefahr für alle selbständig Erwerbstätigen, da die schon bestehende Lehrlingshäuserlei wahre Orkan feiern würde. Redner sagte, daß er volles Verständnis für die Lage der Selbständigen habe, aber wenn er vor die Frage gestellt ist, ob der Gewerbetreibende oder sein Gehilfe und drei Lehrlinge mehr des Schutzes bedürfen, fällt ihm die Entscheidung nicht schwer. Redner lenkte auch die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf, daß durch die Ausscheidung der Lehrlinge die finanzielle Grundlage des Entwurfes berührt werde.

In die Frühjahrsession.

Die Agrarier halten die Sozialversicherung für „leichtsinnig“!

Das Zentralorgan der tschechischen Agrarier, der „Venkov“, erwägt in einem Aufsatz über die Frühjahrsession über die Sozialversicherung wie folgt: „An und für sich ist diese Vorlage ein großer Beweis unseres Selbstbewußtseins; während rings um uns unter dem Druck der Gegenwart und der noch schwierigeren Zukunft Ausgaben ähnlichen Charakters verschoben werden, befassen wir uns in erster Reihe mit einer Vorlage, welche die Belastung des Staates mit mindestens vier Milliarden bedeutet. Diese unsere Geste ist allerdings sehr schön und fehn, aber es handelt sich auch darum, ob diese Geste nicht auch leichtsinnig ist. Vom Herzen würden wir es uns wünschen, daß wir von diesen Einwendungen verschont bleiben; es ist sicher, daß, solange es nicht möglich sein wird, den finanziellen Umfang der Sozialversicherung für unser wirtschaftliches Leben mit genügender Erakttheit festzustellen — und dies ist heute nicht möglich — bei deren Verhandlung die größte Vorsicht notwendig ist.“

Kriegsanleihe.

Das gleiche gilt — sagt das Blatt — von der zweiten sehr wichtigen Vorlage der Frühjahrsession: von den Kriegsanleihen. Auch in diesem Falle handelt es sich um Milliarden, für den Fall, als die Kriegsanleihen in Renten umgeändert werden und eine sehr bedeutende Belastung des Staates an eine unübersehbare Reihe von Jahren. Aber es handelt sich noch um mehr: daß bei dieser Gelegenheit, wo der Staat schwere Verpflichtungen übernimmt, nicht das Vertrauen der lokalen Bürger erschüttert werde. Es heißt, daß jene, welche bisher oder bis kürzlich die Konvertierung der Kriegsanleihe, welche vom Staate wohlwollend angeboten wurde, ablehnten, nicht Bedingungen erhalten, die günstiger sind, als jene, die sie sofort konvertiert haben.

Mieterschutz.

Für die Novellierung des Gesetzes über den Mieterschutz, das auch mit der Neuregelung der staatlichen Unterstützung der Baubewegung zusammengehängt, wurde von der Koalition daselbe Verfahren wie im Vorjahre festgesetzt. Die Frage wird gleichzeitig vom Fürsorgeministerium und von einem besonderen Ausschuß der Koalitionsparteien beraten werden; es wird auch in der nächsten Zeit eine Enquete der Vertreter aller in-

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

Das brachte große Erleichterung, Bud veranlaßte eines Morgens Perrault, sein schmales Gesicht zu einem Lächeln zu verziehen, als Francois die Moccasins vergrah und Bud auf dem Rücken lag, die vier Füße verlangend in die Höhe strecke, und sich wiperte, ohne die Schube anzustreben. Später wurden seine Füße hart für die Bahn, und die ausgelegene Fußbekleidung wurde fortgeworfen.

Eines Morgens wurde Dolly, die in keiner Hinsicht hervorragend war, beim Aufstehen plötzlich tollwütig. Sie zeigte ihren Zustand durch ein langgezogenes, herzzerreißendes Wollschreien an, das die anderen Hunde vor Angst zittern machte, und sprang dann strach vor Bud. Der hatte nie einen Hund toll werden gesehen und hatte nie Veranlassung gehabt, die Tollwut zu fürchten. Jetzt wußte er, daß hier das Grauen war und flog in panischem Schrecken davon. Staats fort raste er, und Dolly, leuchtend und schäumend, einen Sprung hinterdrein. Aber seine Angst war so groß daß Dolly ihn nicht einholen konnte, und er konnte sie nicht hinter sich lassen. So groß war ihre Tollheit. Er jagte durch das Gebüß der Fasel flock dann hinab ans Ende derselben, überquerte einen Kanal, der mit Eis bedeckt war, erreichte eine weite, dann eine dritte Fasel raste zurück zum Hauptfluß und sehte in seiner Verzweiflung an, ihn zu durchschwimmen. Er sah sich nie um, aber er hörte Dollys Keuchen einen Schritt hinter sich. Francois rief ihn aus der Entfernung von einer viertel Meile zurück. Er verdoppelte seine Kraft an dem Mühlwege, blieb aber immer nur einen Sprung voraus vor

Dolly und rang mühsam nach Atem und sehte doch allen Glauben daren, daß Francois ihn retten würde. Der Hundetreiber hielt die Axt schlagbereit in der Hand, und als Bud an ihm vorbeischoß, fauste die Axt auf den Kopf der tollwütigen Dolly nieder.

Bud tumelte gegen den Schlitten. Er war erschöpft, hilflos und stöhnte nach Luft. Das schien für Spiz die günstige Gelegenheit. Er sprang auf Bud, schlug zweimal die Zähne in seinen Gegner, der keinen Widerstand leisten konnte und rih ihm das Fleisch bis auf den Knochen auf. Da fauste die Peitsche des Hundetreibers auf Spiz, und Bud hatte die Genugnung, beobachtet zu können, daß Spiz den schwersten Hieb bekam, der je einem seiner Gefährten verabreicht worden war.

„Ein wahrer Teufel, dieser Spiz.“ bemerkte Perrault. „Eines schönen Tages wird er Bud tot machen.“

„Der Bud ist ein zweifacher Teufel.“ war die Antwort von Francois. Ich beobachtete ihn die ganze Zeit, es ist sicher wahr. Hör mich an: Eines Tages wird er toll wie die Hölle und dann frisst er den Spiz und spuckt ihn wieder aus in den Schnee. Ich weiß es bestimmt.“

Von da ab befanden sich Bud und Spiz im Kriegszustand. Spiz als Leithund und anerkannter Meister des Gepanns, fühlte seine Meisterschaft durch diesen fremden Hund aus dem Süden bedroht. Bud war auch wirklich fremd für ihn, denn von allen Südländern, die er gekannt hatte, war keiner etwas wert, weder im Lager noch im Geschirr. Sie waren alle zu verweichlicht, und deshalb gingen sie unter den Beschwerden des Hungers und der Kälte zugrunde. Aber Bud war eine Ausnahme. Er hielt aus und gebieh und war allen anderen an Kraft, Ungeflüm und Gewandtheit gewachsen. Denn er war ein Meisterhund, und was ihn gefährlich machte,

war die Tatsache, daß der Mann im roten Sweater allen blinden Mut und alle Unbesonnenheit aus seiner Begierde nach Vorherrschaft herausgeprügelt hatte. Bud war außerordentlich schlau und konnte seine Zeit in einer Geduld verbringen, die nichts weniger als primitiv war.

Es war unausbleiblich, daß Bud seinen Anspruch auf die Führung geltend machen mußte. Er verlangte danach, weil es seine Natur war, denn er war tief ergriffen von seinem namenlosen, unbegreiflichen Stolz von Spur und Strang — jenem Stolz, der Hunde bis zum letzten Atemzuge in der Arbeit ausharren läßt, der sie anspornt, freudig im Geschirr zu sterben und der ihnen das Herz bricht, wenn sie aus demselben herausgenommen werden. Diesen Stolz besaßen Dave und Sol-lecks, wenn sie unter Aufsicht ihrer ganzen Kraft zogen. Es war der Stolz, der sie beim Aufbruch aus dem Lager ergriff und sie aus mürrischen, verdrießlichen Tieren in arbeitsfrohe, ungestüme und ehrgeizige Geschöpfe verwandelte; es war der Stolz, der sie den ganzen Tag über anspornte und sie erst am Abend im Lager verließ, wo sie dann wieder in düstere Unruhe und Verdrießlichkeit zurücksaufen. Solcher Art war auch der Stolz, der Spiz aushalten und ihn die Gefährten verprügeln ließ, wenn sie Fehler machten oder sich beim Ziehen drückten oder sich gar am Wogen zur Zeit des Aufbruchs verstockt hielten. Dieser Stolz war es auch, der ihn Bud als möglichen Leithund fürchten ließ. Und so war auch der Stolz von Bud.

Er bedrohte offen des anderen Führerschaft. Er trat zwischen ihn und die Bösewichte, die bestraft werden sollten, und er tat das mit Bedacht. Eines Nachts gab es starken Schneefall, und am Morgen erschien Bife, der Simulant, nicht; ohne Zweifel hielt er sich in seinem Nest, einen Fuß unter dem Schnee, versteckt. Francois rief und suchte ihn vergebens. Spiz raste vor Bohn, jagte

durch das Lager, roch und grub an hundert Stellen und knurte so schrecklich, daß Bife es hörte und in seinem Verstand vor Angst zitterte.

Als er aber schließlich angeschoben war und Spiz sich auf ihn stürzte, um ihn zu bestrafen, flog Bud in gleicher Wut dazwischen. Der Ueberfall war so unerwartet und geschickt angestellt, daß Spiz zurücktaumelte und von den Füßen kam. Bife, der schmählich gezittert hatte, faßte sich bei dieser offenkundigen Meuterei ein Herz und griff ebenfalls seinen niedergeworfenen Führer an. Francois kam dazu und lachte. Aber er blieb standhaft in Ausübung der Gerechtigkeit und ließ seine Peitsche mit aller Macht auf Bud niederfallen. Bud ließ jedoch von seinem niedergeworfenen Gegner nicht ab. Da nahm Francois den Peitschenstiel, und Bud wurde, halb betäubt von dem Prügel, zurückgerissen. Immer wieder fauste die Peitsche auf ihn wieder, in dessen Spiz den Gewohnheitsünder Bife gründlich strafe.

An den folgenden Tagen, als Davison immer näher rückte, fuhr Bud fort, zwischen Spiz und die Verbacher zu treten. Er tat es vorsichtig, und wenn Francois nicht in der Nähe war. Hand in Hand mit Buds heimlicher Aufschwung wuchs die allgemeine Insubordination, die Plag gegriffen hatte, immer mehr. Dave und Sol-lecks wurden davon nicht ergriffen, aber der Rest des Gepannes wurde immer schlechter. Es gab ständig Rant und Streit, und der Anstifter war immer Bud. Er hielt Francois in Bewegung, denn der Hundetreiber war in ständiger Erwartung des großen Kampfes zwischen Bud und Spiz, der auf Leben und Tod gehen würde, und von dem er wußte, daß er früher oder später doch einmal kommen würde. Und mehr als einmal stand er nachts auf, wenn er den Lärm des Rantens und Streitens der anderen Hunde hörte, und eilte herbei, in der Furcht, daß Bud und Spiz dabei seien.

(Fortsetzung folgt.)

terifizierten Korporationen stattfinden, für die das Ministerium einen umfangreichen Fragebogen ausarbeitet.

Luftschiffahrt.

Das Arbeitsministerium wird dem Ministerium den Entwurf eines Luftschiffahrtsgesetzes vorlegen. Das Gesetz soll vor allem die Kompetenz in allen die Luftschiffahrt betreffenden Sachen regeln. Zum Unterschied von früher fällt die Kompetenz ausdrücklich dem Arbeitsministerium zu, das in Fragen der aviatischen Industrie und in Fragen der Einfluß fremder Apparate im Einvernehmen mit dem Handelsministerium, in militärischen Fragen mit dem Ministerium für Nationalverteidigung verhandeln wird. Weiter werden Zollfragen geregelt werden, besonders soll festgesetzt werden, welche Flugplätze als Zollstationen angesehen werden sollen. Entsprechende Rücksicht wäme das Gesetz der Frage der Garantie für einerseits durch Fall, andererseits durch Zusammenlegung der Apparate verursachten Schäden sowie auch der Frage der Versicherung der Personen und Gegenstände. Das Gesetz wird weiter Signalstationen, Bezeichnung der Flugzeuge, ihre Zugehörigkeit und die heimischen Häfen festlegen.

Ein neuer Abgeordneter. Das Ministerium des Inneren gibt im Amtsblatt bekannt: „Der Wahlgerichtshof mit Beschluß vom 22. Dezember 1923 seinen Beschluß vom 22. Mai 1920, durch welchen die Wahl des Julius Ragn, gewählt zum Abgeordneten in die Abgeordnetenkammer der Nationalversammlung im 16. Wahlkreis bestätigt wurde, aufgehoben und bestimmt hat, daß an seine Stelle Vinzenz Mikle, Bauer aus Ragn-Bynd, zu treten habe, stellt das Ministerium des Inneren auf Grund der Bestimmungen des § 56 der Wahlordnung ins Abgeordnetenhaus dem Abgeordneten Vinzenz Mikle sein Beurlaubungsgesetz aus, welches ihm zum Eintritt in das Abgeordnetenhaus berechtigt.“

Telegramme.

Die Wahlen in Thüringen.

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Das amtliche Wahlergebnis der Thüringer Landtagswahlen ist nunmehr festgestellt und lautet: Ordnungsbund 34, Volkische 6, Sozialdemokraten 16 und Kommunisten 13 Mandate. Dieses Ergebnis, wenn es auch dem Ordnungsbund eine Mehrheit nicht gebracht hat, ermuntert doch die Reaktionsäre in Sachsen, es gleichfalls mit der Bildung eines Ordnungsbundes zu versuchen. Die bayerische Mittelpartei, so nennen sich dort die Deutschen, appellieren an die übrigen Parteien der Rechten, die Zersplitterung aufzugeben und sich zu einem „antidemokratischen Wahlblock“ zu vereinigen.

Moskau befiehlt „revolutionäre Manöver“.

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Für den heutigen Tag waren laut Veröffentlichungen der Polizei und der Militärbehörde in ganz Deutschland kommunistische Demonstrationen geplant. In Hamburg und in Wiesbaden haben kleinere Kundgebungen von Arbeitslosen stattgefunden. In Plauen und in Ostpreußen sind eine ganze Anzahl kommunistischer Funktionäre in Schutzhaft genommen worden.

Es ist möglich, daß an diesen Aufstandsplänen wirklich etwas wahr ist. Der „Vorwärts“ veröffentlicht nämlich einen Auszug aus der Moskauer „Pravda“ vom 7. Feber, und zwar aus der Resolution der Exekutive der kommunistischen Internationale über die deutschen Ereignisse. In dieser Resolution, die alle weiteren Verhandlungen mit den Sozialdemokraten verbietet und mit der Propaganda der Einheitsfront Schluß macht, ist immer wieder von einem Aufstand die Rede, und die kommunistische Partei wird als die einzige Partei des Aufstandes bezeichnet. Indessen muß man doch annehmen, daß die Massen der deutschen Kommunisten nicht Lust haben, sich in die Maschinengewehre der Reichswehr und der Polizei jagen zu lassen.

W'reise der Samnerkändner.

Berlin, 13. Feber. (Eigenbericht.) Der Vorsitzende des ersten Sachverständigenkomitees, General Dawes, besuchte heute mittags aus Anlaß der Abreise des Ausschusses den Reichskanzler, um auf Wunsch der Ausschuhmitglieder Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, welche die Regierung den Mitarbeitern des Ausschusses hat zukommen lassen. Der Reichskanzler dankte dem General im Namen der deutschen Regierung für das eingehende Interesse, das sie der ihnen übertragenen schwierigen Aufgabe gewidmet hätten.

Der unangenehme republikanische General.

Wien, 13. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Heeresauschusses kam es zu heftigen Auftritten zwischen Genossen Dr. Deutsch und dem Heeresminister Baugoin. Der Heeresminister hatte nämlich in der gestrigen Sitzung Protokolle vorgelesen, wie sich General Körner im Jahre 1918 über die Entwaflnung des Heeres angeblich geäußert habe. Dr. Deutsch wies darauf hin, daß das Protokoll erst vor acht Tagen ausgenommen wurde und sagte im hef-

tigen Tone, daß es zu verwundern sei, daß das Protokoll erst nach fünf Jahren fabriziert wurde. Das solle man von Offizieren halten, die sich nach fünf Jahren noch an Neufrungen wörtlich erinnern wollen. Deutsch protestierte dagegen, daß gegen Körner ein Geheimverfahren eingeleitet werde und beantragte, die Regierung aufzufordern, der Bundesversammlung ein Nachtragsbudget vorzulegen, damit das Heer auf den im Friedensvertrage vorgesehenen Stand von 30.000 gebracht werden könne. Dieser Antrag wurde von der liberal-völkischen Koalition abgelehnt.

Generalkreisdrohung der Wiener Bankbeamten.

Wien, 13. Feber. Auf Grund einer Entscheidung der heutigen Vormittagsitzung des Zentralausschusses des Reichsverbandes der Bankbeamten hat die Beamtenchaft aller Wiener Banken und Sparkassen heute um 16 Uhr die Ueberzeitarbeit eingestellt. In einer morgen stattfindenden Konferenz wird über das weitere Vorgehen der Beamten abgestimmt werden. Nachmittags werden Beratungen des Betriebsrates und der Vertrauensmänner stattfinden. In diesen Beratungen wird definitiv entschieden werden, ob der Generalkreis eröffnet werden soll.

„Die Ehre des ungarischen Staates...“

Szabapell, 13. Feber. (Eigenbericht.) Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht heute eine Vorladung an den Genossen Siegmund Kunfi zu einer Gerichtsverhandlung am 26. Feber. Kunfi wird des Verbrechens gegen die Ehre des ungarischen Staates und der ungarischen Nation beschuldigt, daß er durch eine Rede auf der Hooger Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1922 und durch einen Artikel im Feberer „Sozialdemokrat“, der im März 1923 unter dem Titel „Der ungarische Fall Caillaux“ erschien, sowie schließlich durch eine Rede auf dem Hamburger internationalen Sozialistenkongress im Mai 1923 befangen haben soll. In der Vorladung heißt es, wenn er nicht erscheinen sollte, würde die Verhandlung in seiner Abwesenheit durchgeführt werden. (Genosse Kunfi, unser geschätzter Mitarbeiter, war in der Korothe Regierung Unterrichtsminister und befindet sich derzeit als Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Wien. Die Red.)

Ein ungarischer Waffendieb und Menschenräuber.

Wien, 13. Feber. (Eigenbericht.) Gestern hat die Polizei erfahren, daß einem Waffenhändler, der aus Kärnten nach Wien fuhr, von einem angeblichen Major Fiedler Jagdgewehre und Revolver entlockt wurden. Gestern hat nun ein Mann in einem Gasthause Jagdgewehre um Verkauf angeboten und die Polizei hat daraufhin einen angeblichen ungarischen Major namens Gal in einem Kaffeehause verhaftet. Sie stellte fest, daß dieser Gal mit dem angeblichen Major Fiedler identisch ist. Heute meldete sich aber der wirkliche Major Fiedler aus Steiermark und teilte mit, daß ihm vor einiger Zeit auf der Eisenbahn seine Dokumente gestohlen wurden. Es wurde nun festgestellt, daß der Verhaftete in Wirklichkeit ein Ungar namens Mikli ist und wahrscheinlich identisch ist mit jenem Mikli, der vor zwei Jahren in Wien wegen Verbrechens des Menschenraubes zu acht Monaten Kerker verurteilt wurde, weil er ungarische Emigranten, darunter den bekannten proletarischen Dichter Szomolanyi, im Automobil nach Ungarn verschleppte und den weißen Terroristen ausgeliefert hat, von denen mehrere von ihnen in bestialischer Weise ermordet wurden.

Die englische Parlamentsdebatte.

Anerkennung für Macdonalds Programm

London, 13. Feber. (A.N.) Heute nachmittags begann im Unterhause die Debatte über die gestrige Erklärung Macdonalds. Der Führer der Konservativen und ehemalige Premierminister Baldwin kritisierte ausführlich die Erklärung Macdonalds. In Besprechung jenes Teiles seiner Ausführungen, welcher sich mit der Annäherung der Arbeiterregierung an Frankreich befaßt, erklärte er, daß diesbezüglich keine der oppositionellen Parteien abschließend irgendeine Frage, welche die Aufgabe der Regierung noch mehr erschweren würde, aufstellen werde. Mit Genugtuung konstatierte die Opposition, daß die gegenwärtige Regierung gleich nach der Uebernahme der Geschäfte die Politik einer weisen Mäßigung fortsetzt welche die frühere Regierung unerträglich verfolgt habe. Der Redner sprach weiters die Hoffnung aus, daß die Arbeiterregierung von mehr Erfolg begleitet sein wird, als die anderen Regierungen. Ueber das russische Problem sagte Baldwin, daß es eines der schwierigsten sei. Uns handelt es sich darum, die Herbeiführung friedlicher Beziehungen zu einer Regierung zu versuchen, deren Ideale ganz entgegengesetzt den unseren sind.

Der Führer der Liberalen, Asquith erklärte, daß die Mehrzahl der Vorschläge aus dem innerpolitischen Programm der Arbeiterregierung im Wahlprogramm der oder jener Partei, die sich gegenwärtig in Opposition befinden, gefunden werden könne.

Die Regierungserklärung bildete auch im Oberhause den Gegenstand der Debatte, Lord Parmoor sagte sich warm für die Bästierung der britischen Außenpolitik auf dem Völk-

bund ein und betonte, daß er mit seinem Amte nun dem Außenministerium angegliedert wurde, um als britischer Vertreter im Völkerbund in freier Fühlung mit dem Außenminister zu sein. Parmoor erklärte weiter, daß die Frage der Abrüstung auf der gleichen Außenpolitik beruhen müsse. Je früher wir zu irgend einer Abrüstung gelangen, um so größer wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Erfolg des Völkerbundes sein. Bezüglich Rußlands sprach Parmoor die Ueberzeugung aus, daß es am besten sei, von Freundschaft ausgehend zu versuchen, die ganze Angelegenheit zu regeln.

Die Aufnahme der Programmklärung

London, 13. Feber. (A.N.) Die Blätter befaßten sich mit der ersten Rede, welche Macdonald als Ministerpräsident im Unterhause gehalten hat und nehmen dieselbe ziemlich gut an. Im Prinzip meldete Macdonald ein umfangreiches politisches Programm an, welches eine Reihe von Problemen einschließt, für deren Lösung auch die stärkste Regierung eine ganze gesegnete Periode brauchen wird. Es wird allgemein zugegeben, daß unter den besonderen Bedingungen, unter welchen Macdonald als Chef einer Minoritätsregierung arbeiten muß, seine Mitteilung gänzlich berechtigt sei, daß seine Regierung auf Grund irgendeiner zufälligen Abstimmung nicht zurücktreten werde, sondern erst dann, wenn sie in einer ersten Frage geschlagen wird, oder wenn ihr das Mißtrauen votiert wird.

Die französische Großindustrie erzwängt den Frank.

Eine Rede des Genossen Kurjol in der Kammer.

Paris, 13. Feber. Da die Kammer am Vormittage den Schluß der allgemeinen Diskussion über den Artikel betreffend den Prozentigen Zuschlag gebilligt hat, mußten zehn Redner, welche noch auf der Rednerliste eingetragen waren, auf das Wort verzichten.

Am Nachmittage trat der Abgeordnete Kurjol in längeren Ausführungen für den Antrag auf Abtrennung dieses Artikels ein. Er erklärte, daß es unmöglich sei, diesem Artikel zuzustimmen, bevor die Bestimmungen über die Abhebung der Steuerhinterziehungen angenommen sind. Er beweist, daß nach Einführung des Zuschlages auf alle Steuern und Abgaben das Budget ausgeglichen werden könne. Ferner verweist er auf die Gefahr einer allgemeinen Teuerung, welche auf Grund dieser Maßnahmen und der in Vorbereitung befindlichen Tarifierhöhungen eintreten werde. Er bezweifelt auch, daß die Annahme des Artikels von Einfluß auf den Frankenkurs sein wird. Der neuerliche Aufstieg des ewalischen Pfund sei eine Folge der ungünstigen Bilanz der Banque de France. Kurjol beschuldigt weiters auch die französische Großindustrie, den Franken zu drücken, indem sie sich in Pfund bezahlen läßt, um sich gegen Verluste zu decken. Die Regierung hätte schon lange daran denken müssen, ihre im Auslande befindlichen Frankenanlagen in Pfund und Dollars umzuwechseln. Wenn sie das getan hätte, so könnte sie jetzt mit Erfolge den Kampf gegen die Offensive auf den Frankenkurs aufnehmen.

Um 5 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

Die französische Wählerreform.

Paris, 13. Feber. Der Senat hat beschlossen, daß die Debatte über das Wahlreformgesetz vor der Beratung in der Kammer am kommenden Dienstag stattfinden soll.

Poincarés Warschauer Platzvertreter

über Polens Außenpolitik.

Warschau, 13. Feber. Außenminister Poincaré hat im Außenausschusse des Sejm sein Exposé gehalten. In der Einleitung wies er auf die bedeutsame Wendung in den politischen Verhältnissen Europas hin, insbesondere der europäischen Staaten gegenüber Sowjetrußland. Eine Reihe von Staaten hat Sowjetrußland bereits de jure anerkannt, die übrigen Staaten treten nunmehr auch diesen Weg. Zwischen Europa und Sowjetrußland sind somit normale Beziehungen angeknüpft worden. Polen steht Sowjetrußland gegenüber strikte auf der Basis der gänzlichen Erfüllung des Rigaer Friedensvertrages.

In Besprechung des Verhältnisses Polens zu den westlichen Nachbarn wies der Minister auf die Frage der finanziellen Sanierung Deutschlands und den gegenwärtigen Stand der Reparationsangelegenheiten. Diese beiden Fragen bilden das Zentralproblem der Politik Deutschlands und von ihrer Lösung hängt die weitere Entwicklung Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Richtung ab. Der Außenminister konstatierte jedoch dabei, daß der aufgeregte Gemütszustand in Deutschland leider keine Garantie dafür bietet, daß Deutschland sich in die durch den Versailler Friedensvertrag geschaffene Lage fügen und die Aufrechterhaltung des Friedens anstreben wird. Dieser Umstand schafft Polen die Notwendigkeit, mit allen Staaten, welche die Festigung und Aufrechterhaltung des Friedens anstreben, im engsten Kontakte zu verbleiben. Deshalb muß Polen mit Genugtuung den französisch-tschechoslowakischen Vertrag begrüßen, umfomehr als — wie aus der letzten Rede des tschechoslowakischen Außenministers Benes im Parlament hervorgeht, — in der Gestaltung der

polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Frage der Jabovina, die in der aller-nächsten Zeit definitiv erledigt werden wird, hat zwar eine für Polen ungünstige Wendung genommen, doch kann sie mit dem Moment der endgültigen Entscheidung keine größere Rolle in der weiteren Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten spielen.

Was England betrifft, meint der Minister, gebe es keinen Grund zur Annahme, daß die allgemeinen Richtlinien der Politik Großbritanniens unter der Leitung Macdonalds größere Änderungen erfahren dürfe. (Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Red.)

Devilenturje.

Die tschechische Krone notiert n:

New York 100 Kr. 207.75

Berlin 100 16.09.50

Paris 100 122.000.000.000

Wien 1 2.758.00

Prager Kurje am 13. Feber.

	Ge.	Kor.
100 holl. Gulden	2306.50	131.250
1 Billion Kr.	7.97.50	8.17.50
100 holl. Franks	13.75.00	137.25.00
100 schweiz. Franks	8.7.00.00	610.00.00
1 Pfund Sterling	14.8.50.00	51.20.00
100 Lire	1.2.00	53.50.00
1 Dollar	31.82.5	35.12.5
100 franz. Franks	157.75.00	159.25.00
100 Dinar	42.07.50	42.57.50
1000 mag. ar. Kronen	11.55.00	12.15.00
1,000,000 poln. Kr.	3.45.00	4.25.00
10,000 holl. Kronen	4.51.00	5.01.00

Tages-Neuigkeiten.

Die Noi der deutschen Frauen.

Wie weit die Schwere der Zeit das Leben der Frauen und Mütter in Deutschland beeinflusst, läßt sich statistisch schwer feststellen. Was darüber gefagt werden kann, beruht auf einer Summe von Einzelbeobachtungen. In fast allen Schichten der Bevölkerung ist besonders der Zustand der werdenden Mütter unendlich traurig. Aus dem Jahresbericht der Berliner Ortskrankenkasse geht hervor: „Von 4560 Wöchnerinnen haben nur 524 Frauen die Schwangerschaftsunterstützung in Anspruch genommen.“ Das heißt: Da der Arbeitslohn höher ist als die Unterstützung, welche die Klasse geben kann, bleiben die schwangeren Frauen bis zum letzten Augenblick in ihrer Arbeitsstelle auf Kosten ihrer Gesundheit und auf Kosten des werdenden Kindes. Es fehlt jede Möglichkeit ausreichender Vorsorge für die Niederkunft! In den Hebammenberichten heißt es: Sie treffen oft Frauen in der Stunde der Entbindung an, die kein Fett, kein Hemdzeug haben, keine Wäsche für das kommende Kind. (Landkreis Reddinghausen.)

Es fehlt an ausreichender Ernährung der Mutter und Kind. Die Berichte der Säuglingsfürsorgestellen besagen: „Der schwer drückende Mangel an Frischmilch und ausreichender Nahrung reduzierte die Stillfähigkeit unserer Mütter um 50 Prozent (Chemnitz). In den Säuglingsfürsorgestellen spielen sich taglich berzerrende Szenen ab. Hunderte von Müttern beantragen die Gewährung von Freimilch, aber aus Mangel an Mitteln kann ihrer Bitte nicht stattgegeben werden. (Breslau.)“

Weiter heißt es in dem Berichte einer Fürsorgerin: „Vor einigen Tagen, da sich die Frau gar keinen Rat mehr wußte, um die Milch für das Kind kaufen zu können, ließ sie sich das Haar schneiden, um von dem Erlöse einige Tage die Milch zahlen zu können. Eine andere hat ihr letztes Paar Schuhe daran gegeben um dem Kinde Milch zu kaufen.“ (München.)

Die Uebereinstimmung in allen Berichten läßt heute schon die Vermutung zu, daß in wenigen Jahren die Statistik der Erkrankungen und Sterbefälle das exakte Material liefern wird, das uns über die ganze Größe dieser Verheerungen Auskunft gibt.

Unsere Toten.

Am 11. Feber wurde in Mariaschein Genosse Emil Sychora, welcher kaum 26 Jahre alt — im Schachte tödlich verunglückte — unter großer Beteiligung der hiesigen Arbeiterschaft zu Grabe getragen. Genosse Sychora war ein pflichttreuer Parteigenosse und eifriges Mitglied der Union der Bergarbeiter, ein unermüdlicher Kämpfer für den „freien Gedanken“ und ein vorbildlicher, rastlos tätiger Förderer der Arbeitersportbewegung. Der Arbeiter-Turnverein Mariaschein, dessen Obmann der Verbliebene war, hat einen unerfesslichen Verlust erlitten. Das Begräbnis dieses Proletariats-Lieferanten den deutlichsten Beweis für die große Beliebtheit, die sich der Verstorbene unter der Arbeiterschaft erworben hatte. Weit über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mariaschein, Graubau, Hohenstein, Mariaschein und Sobochleben gaben ihm das letzte Geleit. Am Grabe selbst nahm Genosse Lahmer als Leiter der Freidenker-Sterbekasse, deren Mitglied Genosse Sychora ebenfalls war, mit zu Herzen gehenden Worten von dem toten Genossen Abschied, während Genosse Sittmacher die Verdienste des Verstorbenen für die Gewerkschaftsbewegung in trefflichen Worten schilderte. Als letzter hielt Genosse Schmied dem Parteigenossen und Turnklubler Sychora einen warmen Nachruf. Die Arbeiter-sänger trugen zwei erhabende Choräle vor, die Musikkapelle intonierte das Bergmannslied und damit fand die überaus schlichte und würdige Beerdigung ihren Abschluß. Der jungen Witwe, die mit ihrem Kind den Tod des Ernährers beklagt, wendet sich aufrichtiges Mitgefühl zu.

Invaliden vom Schlachtfeld der Arbeit. In einer der letzten Sitzungen des Prager Vereines der deutschen Ärzte, stellte Professor Falsch den Anwesenden zwei Kranke vor, die seit über zehn Jahren an Manganvergiftung, einer Nervenkrankheit, die sie sich durch die gewerbliche Verarbeitung von Braunkohle in einer Fabrik erworben hatten, leiden. Der eine der beiden Kranken, der keinen Schritt gehen kann, bezieht eine monatliche Rente von sage und schreibe — 120 Kronen. So sorgt das Kapital und der seine Interessen vertretende Staat für die armen, arbeitsunfähig gewordenen Arbeiterinvaliden.

Der Hemmschuh Alkohol. In der „Internationalen Zeitschrift gegen den Alkoholismus“ schreibt Anna Papprich-Berlin in einem Artikel „Alkohol und Prostitution“ folgendes: „Der Alkohol erweist sich aber stets als ein harter Hemmschuh, der die Höherentwicklung verlangsamt, wenn nicht verhindert. Der Arbeiter, selbst der „mäßige“, der niemals zum Trinker herabfällt, gibt einem so großen Prozentsatz seines Entkommens für geistige Getränke aus, daß nichts übrig bleibt für Erziehung und Bildung, für Wohnungskultur und edle künstlerische Genüsse. Die Jugend aber, die in solchem freudlosen Milieu dämpft und stumpf heranwächst, die keine anderen als nur die grobsinnlichen Freuden kennen lernt, fällt später nur zu leicht der Verführung der gefährlichen Reizmittel anheim. Man kann aber der Arbeiterbevölkerung keinen allzu schweren Vorwurf daraus machen, solange die Gebildeten, die führenden Schichten, selbst im Materialismus verstrickt, ihr nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Selbst diejenigen Mitglieder der gebildeten Kreise, die in ihrem eigenen persönlichen Leben von idealer Gesinnung und Lebensführung sind, stoßen den Pflichten, die sie der Allgemeinheit gegenüber haben, oft verständnislos und gleichgültig gegenüber. Würden alle diese Gutgesinnten sich mit Energie und freudigem Eнтуhusiasmus an der Mäßigkeits- und Sittlichkeitsbewegung beteiligen, so würde die Macht der beiden Unheils-Normen Prostitution und Alkoholismus bald gebrochen sein.“

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Tschechoslowakei erjudet uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Der schützt sich selbst und seine Mitmenschen, indem er in allen diesbezüglichen Fragen sachärztlichen Rat sucht. Diesen gewährt unentgeltlich in Prag die Beratungsstelle (Ambulatorium, Prag V, u. m. ö. ö. 2, Frauen: Dienstag, Männer: Freitag, immer von 6 bis 7), welche vor Jahresfrist von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Tschechoslowakei gegründet wurde. Die Ziele dieser Gesellschaft fördert man weiter durch Beitritt zur Ortsgruppe, Jahresbeitrag K. 5.—. Anmeldungen in Prag an Dr. R. Wagner, Prag II, Jama 7.“

Ueberfall auf ein Mädchen. Montag abends überfiel ein Leutnant in der Nähe der Dimerer Schießstätte drei Mädchen aus Hallschein, die auf dem Wege zur Arbeit waren, und versuchte an einem von ihnen ein Notzuchtstättentat zu verüben. Die beiden anderen Mädchen liefen davon und schrien um Hilfe. Das dritte hatte der Leutnant unterdessen auf den Boden gezwungen, doch vermochte er nicht, ihm etwas anzutun, da es sich mit allen Kräften wehrte. Schließlich ließ der Wüstling von seinen vergeblichen Bemühungen ab und ließ davon. Er wurde jedoch bei Hallschein von einem Wachmanne festgenommen und der Militärbehörde übergeben.

Ein wertvoller Fund. In einem zum Großgrundbesitzer Reuchhof bei Datsch in Mähren gehörigen Waide wurde dieser Tage beim Roden eine Truhe gefunden, in der sich einige Kilogramm Gold- und Silbermünzen befanden. In der Gegend hatte sich die Ueberlieferung erhalten, daß während der napoleonischen Kriege der bekannte Räuberhauptmann Grafel in den dortigen Wäldern gehaust habe; man glaubt, daß er diesen Schatz vergraben hat.

Nach dreißig Jahren die Mutter gefunden. Im Jahre 1894 wurde im Wiener Findelhaus ein Knabe geboren, der nach seiner Mutter, einer armen Hilfsarbeiterin, den Namen Anton Cumerling bekam. Die Gemeinde Wien gab das acht Wochen alte Kind in das tschechische Dorf Bieradow bei Hlinsko in die Pflege, wo es bis zu seinem zehnten Lebensjahr auf Kosten der Gemeinde Wien aufgezogen wurde. Seine Pflegeeltern waren brave Arbeiter, die sieben eigene Kinder hatten, sich aber doch des Kleinkindes mit Liebe annahmten. Auch als nach zehn Jahren niemand mehr für ihn zahlte, behielten sie den Knaben bei sich und behandelten ihn wie ein eigenes Kind. In Hlinsko lernte er das Schneiderhandwerk. Im Jahre 1914 wurde er nach Wien und arbeitete hier drei Vierteljahre, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, seine Mutter aufzufinden. Im Jahre 1915 wurde er assentiert und kam zu den Deutschmeistern, wurde aber bald zu einem tschechischen Regiment versetzt, mit dem er in den Krieg zog. In der italienischen Gefangenschaft kehrte er wieder nach Böhmen zurück und arbeitete dann in verschiedenen Gegenden der Tschechoslowakei. Da er aber infolge der Industriekrise arbeitslos wurde, beschloß er, nach Frankreich auszuwandern. Aber als Oesterreicher erhielt er vom französischen Konsul kein Visum und fuhr deshalb nach Wien, um sich hier das Visum zu holen. Dieses erhielt er hier zwar nicht, aber dafür fand er endlich die Mutter. Allerdings erhielt er auf der Polizei die Auskunft, daß eine Frau des Namens seiner Mutter nicht gemeldet sei — die Mutter hatte nämlich inzwischen geheiratet. Aber wenigstens fand er seine Tauspahn, die

Schwester seiner Mutter, und diese brachte ihn zu seiner Mutter, die auch jetzt noch in Wien wohnt. Man kann sich die Freude vorstellen, mit der Mutter und Sohn einander wiedersehen.

Seipel saniert. Mit Wirksamkeit vom 17. Feber tritt eine Erhöhung der Zigarrenpreise um durchschnittlich 25 Prozent ein. Gleichzeitig werden auch die minderfeinen Pfeifentabake im Preise höher.

Lawinenopfer. Bei Rühstai (Tirol) in den Zeltbayer Alpen ist eine aus fünf Personen bestehende Berliner Skifahrer-Gesellschaft, die dort trotz Warnung eine Skitour unternommen hatte, von einer Lawine verschüttet worden. Bisher konnte eine Frau als Leiche aufgefunden werden. — Die „Gaudemus“-Hütte am Südrand des Wilden Kaiser (Tirol), die der akademischen Sektion Berlin des Deutsch-österreichischen Alpenvereines angehört, ist durch eine Lawine vollständig zerstört worden.

Zur Hebung der versenkten deutschen Kriegsflotte. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die britische Admiralität einen Vertrag unterzeichnet hat, nachdem die Mehrzahl der bei Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe gehoben werden soll.

„Die Gesellschaft“ — eine neue Partirevue. Vom 1. April an erscheint in Berlin im Partirevueverlag als Nachfolger der „Neuen Zeit“ die wissenschaftliche Zeitschrift „Die Gesellschaft“, internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Genossen Dr. Hilferding.

Die Horthyreaktionäre blasen zum Rückzug. In Angelegenheit des sozialistischen Abgeordneten und verantwortlichen Redakteurs der „Nepzava“ Johann Baneczak, der seinerzeit infolge eines in seinem Blatte erschienenen Artikels wegen Aufreizung zum Klassenhass zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, hat die ungarische Kurie Dienstag diese Strafe auf sechs Monate herabgesetzt.

Wenn auch kein Krieg zu erwarten ist, so muß trotzdem... Die französische Regierung hat der Kammer den Entwurf einer allgemeinen Organisation des Volkes für den Kriegsfall vorgelegt. Im Projekte wird insbesondere darauf hingewiesen, a) daß man einen langen Krieg ins Auge fassen müsse, trotzdem das Gegenteil zu erhoffen sei, b) daß damit zu rechnen sei, daß der Krieg alle Gebiete der nationalen Tätigkeit umfassen würde. Der Entwurf sieht also vor 1.: während des Friedens eine beständige und systematische Erprobung aller Typen von modernem Kriegsmaterial vorzunehmen, ferner die Anhäufung von unumgänglich notwendigen Vorräten, um die militärischen Kräfte für den Beginn der Feindseligkeiten auszurüsten und sie inandzuhalten, bis die Industrie das notwendige Kriegsmaterial nachliefern kann, 2.: im gegebenen Falle das automatische Einsetzen aller Maßnahmen vorzubereiten, die anzubahnen sind, um eine Massenproduktion (!) aller für die bewaffnete Macht unentbehrlichen Materialien zu sichern.

Ein Dorf aus der Steinzeit bloßgelegt. Den Pariser Blättern zufolge ist nach dem kürzlichen von einer Sturmflut begleiteten Unwetter an der Küste der Bretagne in der Nähe von Bannes ein aus der Steinzeit stammendes Dorf auf der Oberfläche erschienen. Die Entdeckung machte ein Geologe jener Gegend, der bei dem Besuche der Küste nach dem Sturme eine Steinhütte, einzelne Gerätschaften und andere Sachen aus der Steinzeit vorfand.

Deutsche Fluglinie Konstantinopel-Angora. Die Orient-Agentur meldet, daß zwischen dem türkischen Postminister und den deutschen Junkerwerken ein Vertrag abgeschlossen worden ist, wonach die Junkerwerke einen täglichen Flugverkehr zwischen Konstantinopel und Angora einrichten. Die Reisedauer soll dreieinhalb Stunden betragen.

In fünf Tagen um die Welt. Der Leiter des militärischen Flugzeugdienstes, Generalmajor Patria, hat in einer Rundfunkansprache erklärt, es sei durchaus möglich, daß in nicht ferner Zeit die Reise um die Welt in fünf Tagen im Flugzeug gemacht werden könne. Wahrscheinlich werde aus der Luftwaffe der Armee ein System der regelmäßigen Umfliegung des Erdballs hervorgehen.

Eine Expedition in das südliche Grönland wird von der Russischen Akademie der Wissenschaften geplant, die sich zu diesem Zwecke bereits mit verschiedenen dänischen gelehrten Gesellschaften in Verbindung gesetzt hat. Vor allen Dingen soll die geologische und mineralogische Eigenart Südrönlands erforscht werden, die nach der Vermutung russischer Fachleute Ähnlichkeit mit der russischen Halbinsel Kool haben soll, wo bereits überraschende Mineralfunde entdeckt worden sind.

Weiterübersicht vom 13. Feber. In der Republik war es am Dienstag bedeckt, in den Niederungen der Slowakei und in Mittelmähren herrschte leichtes Tauwetter, sonst Frost. Die Niederschläge waren unbedeutend und von Lokalkarakter. Ueber unseren Gebieten herrscht zwar unternormaler, jedoch gleichmäßig verteilter Druck. Die Temperaturen haben daher Mittwoch infolge von Lustrahlung und verstärkter Ausstrahlung wiederum etwas abgenommen. Die atlantische Depression breitet sich neuerlich gegen das Mittelmeer aus. In Prag fiel Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, neblig, Frost.

Kleine Chronik.

Tutanhamens Sarkophag geöffnet. Dienstag nachmittags wurde Tutanhamens Sarkophag geöffnet. Er ist zwei Meter lang und besonders reich verguldet wie kein bisher in Ägypten aufgefundenen Sarg.

Der Büchermarkt in England und Italien. Im Jahre 1923 erschienen in England 7000 Werke, davon Romane und Romelle 1200, Theologie 575, Kinderbücher 534, Geschichtlich-Biographisches 530. In Italien sind im vorigen Jahr über 19.000.000 Bände gedruckt worden, davon 11.000.000 durch denemporand Verlag. Eine Aktion für die Verbilligung wissenschaftlicher Bücher ist im Zuge, um sie dem Volke zugänglich zu machen.

Der Name Amerika. Bekanntlich hat Amerika seinen Namen nicht von seinem Entdecker, sondern von dem florentinischen Seefahrer und Reisebeschreiber Amerigo Vespucci erhalten. Nähere Untersuchungen darüber, wie es zur allgemeinen Annahme des Namens kam, hat jetzt der deutsch-amerikanische Gelehrte Heinrich Charles angestellt. Der Gebrauch des Wortes Amerika ist demnach das Verdienst des deutschen Humanisten Matthias Ringmann (1482—1511), der in seinem lateinisch geschriebenen Büchlein „Einführung zur Kosmographie“ (1507) den Namen „Amerika“ vorschlug. Er leitete den Namen von dem latinisierten „Americus“ ab, unter dem Eindruck der Reisebeschreibung Amerigo Vespucci, dem zuerst bewußt wurde, daß eine neue Welt entdeckt worden war, während Kolumbus bekanntlich bis zu seinem Lebende in dem Glauben verharrte, er sei über den westlichen Ozean nach Indien gelangt. Der Freund und Mitarbeiter Ringmanns, der badische Kartographische Martin Waldseemüller, verschaffte dem vorgeschlagenen Namen Amerika für die Neue Welt dadurch wissenschaftliche Anerkennung, daß er ihn auf seiner großen Karte Maximilian gewidmeten Welt- und Wandkarte des Jahres 1507 einzeichnete. Heinrich Charles weist auch noch darauf hin, daß der Personennamen Amerigo selbst germanisch ist: es ist die romanisierte Form des gotischen „Amalrich“.

Ibrens „Rosa“. die unbestreitbare Heldin des „Puppenheim“, wurde dieser Tage von der Kopnhagener „Berlingske Tidende“ anlässlich ihres 75. Geburtstag interviewt. Die „Rosa“ erzählte nämlich in Wirklichkeit, und es tut nichts zur Sache, daß sie nicht Rosa, sondern Laura Kieler heißt. Sie erzählte dem Interviewer, daß sie schon als junges Mädchen mit Ibsen in Berührung kam, dessen Interesse sie durch einen Aufsatz über die religiösen Probleme in „Brand“ erweckt hatte. Er fand an dem Mädchen Gefallen und nannte es die „Leiche“. Einige Jahre später aber trat ein Ereignis ein, das den Dichter und die „Leiche“, die sich inzwischen verheiratet hatte, sehr enttäuschte, und dieses Ereignis war eben Ibsens Schauspiel Das Stüd wurde nämlich über tatsächliche Vorgänge im Leben der Frau Kieler geschrieben. Ihr man war erkrankt, sie hatte ein Ansehen aufgenommen, und unter ihren Feinden verbreitete sich das Gerücht, daß sie Unterschleifen gefächelt habe. Dieses Gerücht kam auch Ibsen zu Ohren, und als eine Art Verteidigungsschrift für sie schrieb er das „Puppenheim“. Dies war aber sehr unbedacht. Denn Frau Kieler hatte gar keine Unterschleifen gefächelt, durch das Drama aber glaubte die öffentliche Meinung, es nun schwarz auf weiß zu haben, daß sie es tatsächlich getan habe. „Rosa“ erlebte infolgedessen viele schwere Jahre. Die wirkliche Rosa verließ ihr Heim nicht, sie blieb bei ihrem Manne und zahlte redlich die Schulden ab. Als Ibsen einige Jahre vor seinem Tode Frau Kieler wieder traf und sie ihm die Wahrheit erzählte und ihm schilderte, welchen Leiden sie durch sein Drama angesetzt worden war, weinte der alte Dichter. Frau Kieler lebt nun seit vielen Jahren in Dänemark und fühlt sich alt und müde, was sie aber, wie „Berlingske Tidende“ bemerkt, nicht gehindert hat, sich als sechzigjährige Dame sehr für die Wiedervereinigung Nordisch-Nordwests mit Dänemark einzusetzen.

Volkswirtschaft.

Leuerung und staatliche Wirtschaftspolitik.

Dem „Glückauf“ entnehmen wir folgende treffende Ausführungen:

Die errechneten Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie im nordwestböhmischen Braunschleurevier betragen pro Woche 336.18 Kronen im Jänner gegen 329.29 Kronen im Dezember vorigen Jahres. Die Lebenshaltungskosten sind daher im Jänner gegen Dezember um 2.09 Prozent gestiegen. Deshalb stieg auch die Indexziffer (Dezember 1913 = 100) von 889 im Dezember auf 908 im Jänner.

Als die Regierung im Verein mit den Bergwerksunternehmern im August vor gen Jahres den Lohnabbau einleitete, betragen die wöchentlichen Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie 323.56 Kronen. Im Jänner dieses Jahres sind es um 12.62 Kronen mehr. In dieser Vergleichszeit haben sich daher die Lebenshaltungskosten um 3.90 Prozent verteuert. Die Kosten der Nahrung allein sind von 193.78 Kronen im August auf 205.56 Kronen im Jänner gestiegen. Das ist eine Steigerung der Nahrungsmittel um 6.08 Prozent.

So sieht also der Preisabbau aus! Und wie die Dinge liegen, kann es auch gar nicht anders sein. Obwar der Landwirtschaftsminister selbst zugeben muß, daß wir ein Drittel unseres Bedarfs an Mehl einführen müssen, hat er dennoch dafür gefordert, daß die Getreide- und Mehlzufuhr in die Tschechoslowakei nicht nur gedrosselt sondern auch die Ausfuhr von Mehl erleichtert wurde. Wenn man im vergangenen Jahre die Ausfuhr von der Einfuhr abzieht,

dann kommt man zu dem Ergebnis, daß gegen das Jahr 1922 im vergangenen Jahre monatlich rund 50.000 Meierzentner weniger Mehl eingeführt wurden. Diese Verminderung der Anbotes mußte zusehends zur Erhöhung der Getreidepreise führen. Tatsächlich ist auch seit Anfang August der Weizenpreis um 26 Prozent und der Roggenpreis um 50 Prozent gestiegen. Die ungeheure Preissteigerung kann man durchaus nicht mit der Steigerung des Weltmarktpreises begründen, da dieser nur um rund 13 Prozent gestiegen ist. An dieser Preissteigerung haben die Agrarier sicherlich eine reichliche Milliarde verdient. Damit sind aber die Agrarier und Müller noch nicht zufrieden. Sie verlangen, daß das eingeführte Getreide und Mehl gleich an der Grenze mit der Umsatzsteuer von vier bis acht Prozent belegt wird. Die Regierung kommt zwar den Agrariern und Müllern auf halbem Wege entgegen, indem sie verfügen will, daß schon an der Grenze das eingeführte Getreide mit 3.50 Kronen und das Mehl mit zehn Kronen pro Meierzentner belastet werden soll. Die Regierung sorgt also auf Umwegen reichlich dafür, daß die Agrarier und Mühlbesitzer den ihrerseits geforderten Wucherpreis erzielen können.

Da nun der Ernährungsminister dem Landwirtschaftsminister, der durch seine Maßnahmen den Arbeitern das Brot und andere Nahrungsmittel verteuert, nichts anhaben kann, läßt er, damit scheinbar doch etwas geschieht, in der Tagespresse veröffentlichen, daß das Ernährungsministerium eine Aktion bezüglich der Verbilligung der Streichhölzer eingeleitet hat. Den Ausgang dieser großartigen Verbilligungaktion wollen wir abwarten. Wir hoffen nicht, daß sie so endet, wie die im April vorigen Jahres eingeleitete Verbilligung des Franklaffees. Damals wurde berichtet, daß der Franklaffee sofort um 20 Prozent billiger werden muß. Das Resultat der ministeriellen Aufmachung ist, daß der Preis der Zichorie noch immer unverändert ist.

Die tschechoslowakische Arbeiter in Frankreich behandelt werden. Aus Bourbois (Dep. Pas de Calais) in Nordfrankreich schreibt ein Arbeiter im „Rude Pravo“ einen Brief aus dem wir einiges zitieren wollen: „Schon in Venz merken wir, daß wir uns in französischen Händen befinden. Niemand kümmerte sich um uns. Es war mit uns vereinbart worden, daß wir nach der Ankunft in Frankreich in Toulouse 20 Franken für die Kost bekommen. Aber die haben uns nichts. Dafür stecken sie uns in schmutzige Baracken mit unreinen Betten, ohne Decken. Alles sollten wir uns selbst kaufen, obwohl wir ohne Geld und fast gar nichts ausgehungert waren. Die Decken sollten wir uns aus alten Ziegeln erbauen und die Ziegeln beim Schachte zusammenlesen. Trotzdem wir kein Geld für Kohle hatten, gaben sie uns nicht ein Stück Kohle und wer schon in der Bergwerkung ein Stück Kohle von der Halbe oder von einem Kohlenwagen wegnahm, wurde mit einer Geldstrafe von 200 Franken bestraft. Da half nichts, man mußte die Strafe abarbeiten. Vertraglich wurde uns ein Tagelohn von 15 bis 18 Franken zugesichert, aber man gab uns nur 13.10 Franken und trotzdem uns vertraglich die freie Reise zugesichert wurde, zog man uns an Reisekosten monatlich 50 bis 60 Franken ab... Am 25. Dezember brach sich in einem Bergwerk ein Arbeiter beide Beine. Kein Träger war zur Stelle. Schließlich nahm ihn der Aufseher, fuhr ihn hinaus und trug ihn auf dem Rücken in die Barackenkolonie zu seiner Frau wo er ihn niederlegte, ohne sich weiter um ihn zu kümmern. Erst nach acht Stunden trieb die arme Frau einen Arzt auf. Ein zweiter Fall: Am 27. Oktober starb ein Bergmann im Bergwerk. Man ließ den Toten auf dem Gange bis zum Schichtende liegen, über drei Stunden, und dann erst fuhr man den Leichnam hinaus, weil sonst um vier Punkte Kohle weniger gefordert worden wären! Für die Krankenlassa zahlen wir monatlich 36 Franken, aber wenn jemand krank wird bekommt er fünf Franken täglich, was bei der Leuerung nicht einmal für Kartoffeln reicht.“ — Bemerkenswert ist, daß der Arbeitsvertrag, von dem in diesem Briefe die Rede ist, vom Vorstand des Landesarbeitsvermittlungsamtes in Prag, Kominek, unterschrieben ist. Dieses Landesarbeitsvermittlungsamts trägt die Verantwortung für die unmenschliche Art, mit der tschechoslowakische Bergarbeiter in Frankreich behandelt werden. Die Arbeiter können also nicht genug davor gewarnt werden, in die nordfranzösischen Bergwerke auszuwandern.

Oesterreichs Industrie. Im Finanzausschuß des österreichischen Nationalrats gab Mittwoch Handelsminister Schöffel einen Ueberblick über die Lage der österreichischen Industrie, die er als befriedigend bezeichnete. Es sei zu hoffen, daß die österreichische Industrie im Konkurrenzkampf bestehen wird. Die Arbeitslosigkeit nimmt gegenwärtig zu, aber es bestehe die Hoffnung, daß die einsetzende Bauaison die Arbeitslosigkeit mildern wird. Die österreichische Eisenindustrie ist im besten Gange und auch die Lage der Elektrizitätsindustrie ist befriedigend. Die Spinnereien und Webereien sind bis zu 80 Prozi. beschäftigt. Demgegenüber stößt der Absatz in der Möbelindustrie. In der Papierindustrie sind die österreichischen Preise nicht konkurrenzfähig. Sehr günstig hat sich die Lage in der Gummiindustrie entwickelt. 17 Hütten stehen in Oesterreich still. Die Bauindustrie war voriges Jahr nicht beschäftigt, man könne aber hoffen, daß eine Besserung eintreten wird. Der Minister verwies auf die Wichtigkeit der Kreditfrage und betonte die Notwendigkeit der Industrie gegen mäßigere Verzinsung Kredit zu gewähren.

Die „gesicherte Woche“. Der Konflikt der englischen Doharbeiter, an welchem 120.000 Transportarbeiter beteiligt sind, geht nur in zweiter Linie um die Erhöhung des Minimallohnes um zwei Schilling pro Tag (auf 12, beziehungsweise 11 Schilling). Ihre Löhne sind 1922 wiederholt herabgesetzt worden und da jetzt der Tarifvertrag abläuft, möchten sie einen Teil der Lohnherabsetzungen wieder einbringen. Gelegentlich der letzten Lohnherabsetzung, die infolge des Tarifvertrages auf Grund der gleichenden Lohnsala erfolgte, war ein „wilder“ Streik ausgebrochen, der ohne Unterstützung der Gewerkschaft lange Zeit dauerte. Jetzt aber ist der Verband der Transportarbeiter selbst für den Streik und er konnte sich die Unterstützung des größten Eisenbahnerverbandes sichern. Die wichtigste Forderung der Gewerkschaft ist die „gesicherte Wochenarbeit“. Gegenwärtig werden die Doharbeiter Tag für Tag eingestellt und nur wenige können für die ganze Woche Beschäftigung finden. Diesem Zustand der Unsicherheit und der Kurzarbeit soll, gemäß dem Schiedsspruch einer 1920 eingesetzten Regierungskommission ein Ende bereitet werden. Ein System wird erzwungen, worin die Doharbeiter in eine Liste eingeführt und beständig beschäftigt werden, andernfalls müssen sie aus einem hierzu geschaffenen Fonds entschädigt werden. Es würde allerdings eine große Anzahl gelegentlicher Doharbeiter nicht auf die Liste kommen: ein Nachteil der Neuerung. Nichtsdestoweniger handelt es sich hier um einen wichtigen Versuch, den Arbeitsmarkt zu organisieren, und auch als solcher verdient er Beachtung.

Der auswärtige Handel der Ukraine. Nach sowjet-offiziellen statistischen Daten wurden im Jahre 1923 aus der Ukraine Waren im Werte von 19.930.000 Goldrubel, gegen 5.070.000 Goldrubel im Jahre 1922 ausgeführt. Eingeführt wurden Waren im Werte von 2.900.000 Goldrubel gegen 11.940.000 Goldrubel im Jahre 1922. Die erste Stelle im Export nimmt das Getreide ein, und zwar 67 Prozent des gesamten Exportes. 90 Prozent der Ausfuhr entfallen auf Deutschland. Weiter wurden Waren nach Italien, England, Polen, Lettland, der Tschechoslowakei und der Türkei verkauft.

Theater und Kunst.

Die neuen Spießbürger von Brüx verbieten die Aufführung von Wedekinds „Musik“!

Von dem Grundsatz ausgehend, daß ein Theater als erste Kunststätte die Verpflichtung hat, dem Publikum die Bekanntheit der modernen Dichter zu vermitteln, hat der Brüxer Theaterdirektor Ettinger am Beginn der Spielzeit unter anderem auch das Aufführungsrecht von Wedekinds Drama „Musik“ erworben und sich gegen eine hohe Konventionalstrafe verpflichtet, dieses in allen Großstädten mit einmütigem Erfolge aufgeführte Stück in der heurigen Saison zu bringen. Dieses Drama handelt von der Verführung eines ideal veranlagten Mädchens durch den Musiklehrer, der ihr nach und nach ihr ganzes Vermögen abnimmt. Nach der Meinung einiger Mitglieder der üblichen Theaterkommission in Brüx aber ist Wedekinds bekanntes Drama „obskön“ und „lasziv“. Diese Kommission besteht nämlich aus acht Mitgliedern, von denen zwei der christlichsozialen, zwei der nationsozialistischen, eines der deutschnationalen, eines der sozialdemokratischen, eines der kommunistischen und eines der deutschdemokratischen Partei angehören. Der Name des Autos Wedekind genügte nun, daß die reaktionären Vertreter der Theaterkommission, die Christlichsozialen und Nationalsozialisten gegen die Aufführung des Stückes protestierten und ein Aufhebungsverbot erwirkten. Der Vertreter der deutschnationalen enthielt sich in der betreffenden Sitzung der Stimme mit der Motivierung, er habe das Stück nicht gelesen (!), der kommunistische Vertreter schloß, der deutschdemokratische Obmann dürfe seine Stimme nicht abgeben, weil ihm nur im Falle der Stimmengleichheit das Stimmrecht zustand und so stimmte nur der Vertreter der Sozialdemokraten für die Aufführung, so daß die Majorität gegen die Aufführung war und das Stück abgelehrt werden mußte. Die Entzweiung unter den gebildeten Kreisen der Brüxer Bevölkerung gegen diese miederische Entscheidung ist allgemein. Wertwürdig ist, daß die Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die um die Gefährdung der Sittlichkeit gar so besorgt sind, noch niemals gegen die Aufführung obskön und rein auf Grund gestellter Operation protestierten, sondern diese mit großem Wohlgeschmack aufnahmen, während sie das ernste und künstlerische Werk eines großen modernen Dichters aburteilten — ohne es gelesen, jedenfalls aber, ohne es verstanden zu haben. Die Blamage, daß Brüx die erste und einzige Stadt ist, die die Aufführung von Wedekinds Drama verboten hat, fällt auf die betreffenden Mitglieder der Theaterkommission zurück.

„Der Vetter aus Dingsda“ von Eduard Künneke ist eines von den geschmackvolleren modernen Berliner Operettenprodukten, das musikalisch mitunter ein beträchtliches Maß schöpferischer Kraft aufweist. Die Reueinstudierung der anregenden Operette war zu begrüßen, um den verdorbenen Operettengeschmack des Publikums einigermaßen zu verbessern. „Der Vetter aus Dingsda“ erfreut sich einer

ganz vorzüglichen Aufführung. Vor allem Herr Kober hat darin eine seiner besten Partien. Auch Fr. Ferry darf das muntere Gannchen zu ihren besten Leistungen zählen. Ebenso Frau Siklosy die schöne Julia, trotzdem sie mehr durch äußeren Reiz als durch stimmliche Schönheit wirkt. Da auch die übrigen Darsteller (Wauer, Hörbiger, Stadler, Padlesch) durchwegs vertrefflich spielten und Kapellmeister Travnikel für flotte Tempis sorgte, gab es eine wohlgelungene Vorstellung mit Wiederholungen und Hervorrufen wie bei einer Premiere. —ek.

Sonntagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen. In Durchführung ihres Vorhabens, den Besuch des Theaters den weitesten Kreisen zu ermöglichen, hat die Direktion für kommenden Sonntag beide Vorstellungen im Neuen Theater zu ermäßigten Preisen angelegt. Es wird nachmittags „Die Bajadere“ und abends „Aida“ gegeben werden. Kartenverkauf täglich.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Larmen“; Freitag „Der Schapard“; Samstag „Die Schauspieler des Kaisers“ und „Schneider Fip“; Sonntag halb 3 Uhr „Bajadere“, 7 Uhr „Aida“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute „Der eingebildete Kranke“, „Die Gezierten“; Freitag „Der Mustergatte“; Samstag „Der Vetter aus Dingsda“; Sonntag „Der Mustergatte“, 8 1/2 Uhr zum erstenmale „Johannas letztes Abenteuer“.

Literatur.

Kriegserinnerungen eines Arbeiters.

Die Flut der Kriegsbücher, der wenigen guten und der vielen schlechten, war längst verodet, als Genosse Toghauer sein Kriegsbuch zu schreiben begann. Nicht eine Fülle verwirrender Gesichte drängte in ihm nach Gestaltung, — denn Toghauer ist kein Dichter. Keine neuen Wahrheiten wollte er verkünden, — denn er fühlt sich nicht als Forscher und als Prophet. Den jungen Arbeitern wollte Toghauer zeigen, was der Militarismus ist und was der Krieg ist, — für sie schrieb er sein Buch, als er sah, daß fünf Jahre Werd die Menschen noch immer nicht zum Denken erweckten. . . .

Genosse Toghauer zeichnete keine Schlachtenbilder. Er hat gar nicht viele Schlachten miterlebt, stand eigentlich nur einmal, da der Krieg schon zusammenbrach, im Feuer. Und auch da nicht als Kämpfer, sondern als Munitionsträger. Ein Kriegsbuch schrieb er, in dem es keine Kriegsabenteuer gibt. Ein sonderbares Kriegsbuch ist das!

Ja, es ist ein eigenartiges Kriegsbuch. Seine Stärke liegt nicht in der Bedeutung der erzählten Ereignisse, — Millionen Soldaten haben Spannenderes, Graufigeres erlebt. Auch nicht in der Art der Darstellung. — Toghauer erzählt nicht nur schlicht und einfach, sondern manchmal auch mit wenig Geschick. Seine Sprache ist nicht besonders kräftig, wird nirgends schwungvoll, bleibt immer die Sprache des einfachen Arbeiters. Die Bedeutung des Buches liegt in seiner Gesinnung. Toghauer war und ist sozialdemokratischer Arbeiter im allerbesten Sinne des Wortes. Der Sozialismus hat in ihm die schönsten menschlichen Eigenschaften geweckt er hat ihn zu einem guten, menschenliebenderen Mann gemacht, zu einem Wahrheitsfanatiker, zu einem unverfälschten Gegner aller Kriege. Nicht einen Augenblick lang kam Toghauer ins Schwanken auch nicht in der Zeit, da die Wogen des Patriotismus so hoch gingen, daß sie gar viele Sozialdemokraten mitrissen. Er sah im Kriege vom ersten Tage an einen kapitalistischen Krieg und eine Barbarei. Und er hat in seinem Tun in seinen Worten dem Krieg und der Bekie Nationalismus nie ein Jugendsündnis gemacht. Nicht am Tage, da er gemustert wurde, nicht am Tage der Einrückung, nicht in der Zeit der „Aktion“ nicht als Wachposten in den Gefangenenlagern und bei den arbeitenden Gefangenen, und auch nicht, als er selber Gefangener war. Er hat immer und überall als Sozialdemokrat gehandelt.

Als Selbstverständlichkeit erscheint dem Erzählenden diese Gesinnungstreue, — das macht sein

*) Alfred Toghauer: „Erlebnisse im Weltkrieg.“ Selbstverlag, Karlsbad 1923.

Buch zu einem Dokument der Menschlichkeit. Wer der unglücklichen Barbareien des Krieges sich erinnert und am schmerzlichsten jener, daß so viele, viele, die nur ein winziges Teilchen Macht bekamen, und war's auch nur für Stunden, diese Macht zur Verübung von Brutalitäten benötigten, — wer da weiß, wie viele Unteroffiziere, die früher selber schmerzlich genug Vorgesetztenrohet kennen gelernt hatten, elende Soldatensoldaten waren, und wie so viele Wachposten freudig dem Befehl gehorchten, den Gefangenen nur ja keine Nachsicht zu zeigen, — der freut sich beim Lesen des Buches Toghauers daß es doch Menschen im Kriege gab. Das sind die schönsten Stellen in Toghauers Buch die den winterlichen Straßenbau im Gebirge schildern. Gefangene arbeiteten, „Hoh Rufen“ und Wachposten trieben sie zur Arbeit an. Toghauer und einige wenige andere waren keine Antreiber Sie waren Menschen geblieben. Die „Feinde“ gewannen den „Feind“ lieb. Sie beteten für ihn, damit ihn keine Angel treffe. —

Als literarisches Werk kommt dem Buche Toghauers wohl kaum Bedeutung zu. Als Zeugnis und wandelbarer sozialistischer Gesinnung und als Dokument schöner Menschlichkeit wird es mit warmer Anteilnahme gelesen werden.

Das Buch Toghauers wird von den Arbeitern und besonders von der Arbeiterjugend gern gelesen werden. Es wird also „Erfolg“ haben. Toghauer soll es bei diesem Erfolge bewenden lassen, bei diesem einen Buch. Ein Schriftsteller, dem die Kunst gegeben ist, zu sagen, was andere empfinden ist er nicht. Er ist kein Gestalter, kein Dichter. Sein Buch ist eigenartig, ja in gewissem Sinne einzigartig. Die folgenden würden wahrscheinlich Schöbönenwerke werden. Denn nur einmal konnte Toghauer ein solches Buch der Gesinnung schreiben, bei dem man gerne über schriftstellerische Schwächen hinwegsieht. J. H.

Aus der Partei. Kreislonferenz in Brünn.

Samstag und Sonntag fand im Gewerbevereinsaal des Deutschen Hauses in Brünn die ordentliche Kreislonferenz für den Kreis Brünn statt. An der Kreislonferenz nahmen Vertreter aus allen Lokalorganisationen des Kreises teil. Nach Eingang in die Tagesordnung erstattete Kreissekretär Genosse Wellan den Tätigkeitsbericht. Aus diesem ging hervor, daß die Parteiorganisationen im Kreise Brünn im Jahre 1921 zwar einen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen hatten, daß aber dieser Rückgang nur ein vorübergehender ist, was zum Teil auch aus den in der letzten Zeit stattgefundenen Wahlen in einzelne Gemeindevertretungen ersichtlich ist, die ein bedeutend günstigeres Ergebnis zeigten, als die im September 1923 stattgefundenen Gemeindevahlen. Genosse Wellan bespricht zum Schluß die Anträge des Kreisaußschusses, die auf eine Reorganisation der Kreisleitung abzielen.

Aus den Berichten über die Frauen-, Jugend-, Bildungs- und Turnorganisationen geht hervor, daß in diesen Organisationen tüchtige und nützliche Arbeit geleistet wird. Besonders die Bildungsorganisation hat durch eine Reihe von Kursen, Schulen und Vorträgen für die Bildung der Parteimitglieder umfassend gesorgt.

Am zweiten Konferenztag erstattete nach Wunsch der Kreisvertretung Senator Genosse Polach das Referat über „Unsere wirtschaftliche Lage“. Der Referent verwies auf die allgemeine europäische Wirtschaftskrise, zu deren Verschärfung die Außenpolitik unseres Staates nicht unwesentlich beitrage. Redner geißelt die Vernachlässigung des von den Deutschen bewohnten Industriegebietes in der Tschechoslowakei und die Verdrängung des deutschen Arbeiters von seinem Arbeitsplatz. Durch die Teuerung und die von den bürgerlichen Parteien beabsichtigte Verschlechterung des Mieterschutzes droht der ohnehin elenden Lebenshaltung der Arbeiter neuerdings eine Verschärfung. Redner verweist dann auf die Bemühungen der Parteivertretung im Parlamente, den Wirkungen der Krise entgegenzuarbeiten.

Abg. Gen. Cermak, der sodann über „Unsere nächsten Aufgaben“ sprach, ver-

wies darauf, daß naturgemäß die schwere Wirtschaftskrise der letzten Jahre auf die politische Machtstellung der Arbeiterschaft nicht ohne einschneidende Wirkungen bleiben konnte. Die jetzige Krise ist nicht mit den vor dem Weltkrieg von zehn zu zehn Jahren wiederkehrenden Krisen zu vergleichen, da heute gewaltige, unvorhergesehene Erschütterungen mispielen. Durch den Abfall unserer politischen Mittläufer, die teils indifferent wurden, teils ins gegnerische Lager abswanften, ist eine Schwächung unserer parlamentarischen Geltung eingetreten, die wohl nicht unmittelbar in der Zahl der Arbeitervertreter, aber im Schwächerwerden der ganzen Klasse zur Geltung kommt. Die schlimmste Wirkung der Spaltung, die zum Abfall noch hinzu kommt, sei der Indifferentismus. In all diesen Schwierigkeiten kommt noch das ungelöste nationale Problem. Redner besaht sich dann mit der Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Arbeiterregierung und mit den Plänen der Konterrevolution, die in der letzten Zeit an einem toten Punkt angelangt ist. Zum Schluß fordert der Referent zur intensiven Kleinarbeit auf, die heute, da wir zu geringerer politischer Betätigung gezwungen sind, eine unserer vornehmsten Aufgaben sein müsse.

Hierauf besaht sich Senator Gen. Riechler mit der „Verbearbeit für Partei und Presse“, schildert den Werdegang unseres Zentralorganes und die Schaffung des Pressekonzerens und schlägt der Kreislonferenz einen Antrag zur Annahme vor, der darin geht, daß auch das Kreisblatt „Volkswille“ nach Prag verlegt werden und zweimal wöchentlich erscheinen soll. Er fordert dann in eindringlichen Worten zum Kampfe gegen die bürgerliche Presse auf, die mit ihren billigen Sensationsblättern die Geister der Arbeiter vergiftet und diese zum Indifferentismus verleitet.

An diese Referate schloß sich eine lebhaft Debatte, die die volle Uebereinstimmung der Delegierten mit den durch die Referenten beantragten Richtlinien und Vorschlägen bekundete. Beim Punkte „Freie Anträge und Anfragen“ wurde durch die Delegierten eine Reihe von Anfragen, so über die Stellungnahme unserer Partei zur Bodenreform, über verschiedene organisatorische Angelegenheiten usw. gestellt, die alle vom Gen. Dr. Czech erschöpfend beantwortet wurden. Mit dem „Biede der Arbeit“ wurde Sonntag nachmittag die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, I. Edgar, Refázanka 2a.
2535

Wohlfahrt deutscher Musikakademiker. Die sich häufenden Reklamationen und Logenbemerkungen für diesen am 21. Februar d. J. im Luzernsaal stattfindenden Ball, sollen auf einen Rassenball oder Kreise der Prager Deutschen schließen. Der Kartenaustausch beginnt heute um 11 Uhr im „Blauen Stern“, Tamenhoffee. Anfragen sind zu richten an die „Verleitung Prager Konservatorien“, Prag II, Blahoslavova 28.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6.

empfehlen sich den P. T. Behör an Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaulenten zur Erstellung von Drucksorten wie Tabellen Böch., Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faxturen, Briefpapieren etc in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Asthma und Lungenleiden

Herr Gemeindevorsteher Marob. Niederböhm., Wingerstraße 38 schreibt folgendes:
„Es gereicht mir zur großen Freude Ihnen hierdurch zu bestätigen, daß ich von der vortrefflichen Wirkung Ihrer Behandlungsmittel voll und ganz überzeugt bin, gibt es doch meiner Meinung nach keine Behandlungsmittel, die bei Ihnen an Zuverlässigkeit und Billigkeit gleich kommt.“
Ich habe eine ganze Anzahl Ihrer Karten gesehen und gesprochen, die durch Sie wieder vollkommen hergestellt wurden, obwohl sie vorher viele Medikamente, auch zahlreiche Heilanstalten in Anspruch genommen hatten. Besonders danke ich da an den mir persönlich bekannten Landchaftsärztner Heppner der dank Ihrer Bemühungen seinen 20jährigen Bronchialkatarrh mit asthmatischen Erscheinungen verlor.
Ich werde Sie auch weiterhin, sowie ich kann, bestens empfehlen.“
Leiden Sie an Schnupfen, Halsentzündung, Heiserkeit, Husten, Keimnot, Auswurf gelben Schleimes, Stichen auf Brust und Rücken, Nachtschweiß, heißen Händen und Füßen, Blutspucken, schmerzhaften und schmerzenden Geräuschen in der Brust, oft heftigen unregelmäßigen Herzschlägen, hartem Angestgefühl, mangelhaftem Schlaf, schlechter Verdauung etc., so verlangen Sie sofort meine neueste, mit Bormort eines als Asthmalikusus gepriesenen Arztes verfertigte Broschüre. Sie wird Ihnen **vollständig gratis** gegen Einleitung des Portos zugefandt.
Kur-Direktor Wackwitz,
Röschbroda, Sa., Schließbach 42 b.
Berechnungen täglich 9-12 Uhr.

Der lesende Arbeiter
das ist der dankende und kämpfende Arbeiter!
In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der **„Sozialdemokrat“** das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Anzucht und Abwehr zusammenschweißt. **Ordert Leser um werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“**

Ausschneden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab 192... monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den

„Sozialdemokrat.“ — Verwaltung Prag II., Kavčíkovo nám. 32.

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____
Ort, Bezirk: _____
Strasse und Nr. _____

Alle Bücher
liefert rasch und billig die **Volksbuchhandlung Kremser & Co., Teplitz-Schönau, Theresienengasse 18-26**
Großes Lager in preiswert Gelegenheitskäufen. Bergschiffe senden wir auf Wunsch kostenfrei.
Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**
Alle nicht lagernden oder wo immer angefündigten Bücher und Zeitschriften werden rasch geliefert.